

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Jugend 2025

Martin Schröder

WARUM JUGENDFORSCHUNG
OFT UNSINN IST

Mathias Albert

JUGENDLICHE IN
DEUTSCHLAND IM SPIEGEL
DER GESELLSCHAFT

Thorsten Faas

WIE WÄHLEN
JUNGE MENSCHEN?

Christoph Schickhardt

ZUM STELLENWERT VON
KINDERN UND JUGENDLICHEN
IN DER POLITIK

Britta Bannenberg

JUGENDSTRAFRECHT
AUF DEM PRÜFSTAND

Irina Volf

KINDER- UND JUGENDARMUT.
EIN FAKTEN- UND
LEBENSLAGENCHECK

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung  DASPARLAMENT



Jugend 2025

APuZ 36–37/2025

MARTIN SCHRÖDER

**WARUM JUGENDFORSCHUNG
OFT UNSINN IST**

Alle Jahre wieder bekommt die Jugend ein neues Etikett. Die Beschreibungen erinnern allerdings eher an Horoskope als an empirische Forschung. Die Generationenlabel haben mehr mit dem menschlichen Bedürfnis nach Abgrenzung zu tun als mit „der Jugend“ selbst.

Seite 04–08

MATHIAS ALBERT

**JUGENDLICHE IN DEUTSCHLAND
IM SPIEGEL DER GESELLSCHAFT**

Die Jugend in Deutschland wird politischer, bleibt aber pragmatisch. Zum Verständnis der jungen Generation führen plakative Bezeichnungen wie „Generation Z“ nicht weiter, vielmehr bedarf es eines differenzierenden Generationsbegriffes, der Gemeinsamkeiten und Vielfalt berücksichtigt.

Seite 09–15

THORSTEN FAAS

WIE WÄHLEN JUNGE MENSCHEN?

Welchen Parteien gaben junge Menschen bei Bundestagswahlen seit 1972 ihre Stimme? Und wie geschlossen agiert die Gruppe junger Wählerinnen und Wähler dabei? Inwiefern ist die heutige Rede von der Volatilität ihres Wahlverhaltens gerechtfertigt?

Seite 16–25

CHRISTOPH SCHICKHARDT

**ZUM STELLENWERT VON KINDERN UND
JUGENDLICHEN IN DER POLITIK**

Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen wurden während der Coronapandemie von der Politik weitgehend übergangen. Aus kinderethischer Perspektive war dies kein Zufall: Die Angelegenheiten der Jugend werden auch sonst nur unzureichend beachtet.

Seite 26–31

BRITTA BANNENBERG

JUGENDSTRAFRECHT AUF DEM PRÜFSTAND

Nach Gewaltdelikten durch Jugendliche wird regelmäßig eine Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters gefordert. Gibt es tatsächlich einen Anstieg solcher Fälle? Welche Instrumente hat das Jugendstrafrecht bereits? Und verspricht eine Verschärfung Besserung?

Seite 32–39

IRINA VOLF

KINDER- UND JUGENDARMUT.

EIN FAKTEN- UND LEBENSLAGENCHECK

In Deutschland sind rund drei Millionen Kinder und Jugendliche von relativer Armut bedroht. Während Altersarmut häufiger sichtbar und als dauerhaft wahrgenommen wird, bleibt Armut im jungen Erwachsenenalter oft unbemerkt und wird in der Öffentlichkeit unterschätzt.

Seite 40–45

EDITORIAL

Kinder und Jugendliche sind in Deutschland eine Minderheit: Von den knapp 83,5 Millionen hier lebenden Menschen sind etwa 15,6 Millionen unter 20 Jahre alt. Auch wenn dies ein historisch geringer Anteil an der Gesamtbevölkerung ist, sind die Kinder und Jugendlichen in ihrer Gesamtheit so unterschiedlich und vielfältig, dass sich kaum von „der Jugend“ im Singular reden lässt. Dennoch scheint eine Trendstudie die nächste zu jagen, um in immer kürzeren Abständen immer neue Buchstaben-Etikettierungen an vermeintlich neue Generationen zu heften und ihnen damit pauschal bestimmte Eigenschaften zuzuschreiben.

Dazu passt, dass „die Jugend“ im öffentlichen und politischen Diskurs oft nur als Objekt vorkommt – dass also über sie gesprochen und geschrieben wird, ohne sich glaubwürdig für ihre Belange zu interessieren oder sie gar einzubeziehen: Das war bei den Schulschließungen während der Coronapandemie der Fall, und so ist es immer noch häufig – aktuell etwa, wenn es um die Themen Schulden, Rente, Klima oder Wehrpflicht geht. Auch in der jüngst veröffentlichten Abschlussdokumentation des „Nationalen Aktionsplans für Kinder- und Jugendbeteiligung“ der Bundesregierung wird konstatiert: „In vielen Bereichen fehlen nach wie vor echte und wirksame Möglichkeiten für junge Menschen, Einfluss zu nehmen.“

Junge Wählerinnen und Wähler gelten für politische Parteien oftmals als schwer erreichbare oder unberechenbare Gruppe, deren Parteipräferenzen sich von Wahl zu Wahl ändern. Dabei liegen die Interessen der Jugend vielfach auf der Hand: mehr Mitsprache, bessere Zugänge zu guter Bildung, eine gleichmäßigere Verteilung erwartbarer Kosten auf die verschiedenen Generationen, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und anderes mehr. Ihr geringer Anteil an der Gesamtwählerschaft macht die Jugend als politische Zielgruppe aber offenbar weniger relevant. Es ließe sich indes auch genau andersherum betrachten: Wer heute für die Belange der Jüngeren eintritt, kümmert sich um die Wählerinnen und Wähler von morgen – und macht die eigene Politik damit zukunftsfester.

Johannes Piepenbrink

ESSAY

WARUM JUGENDFORSCHUNG OFT UNSINN IST

Martin Schröder

Alle Jahre wieder bekommt die Jugend ein neues Etikett. Die dazugehörigen Beschreibungen erinnern allerdings eher an Horoskope als an empirische Forschung. Aktuell ist die „Generation Z“ dran: Geboren zwischen 1995 und 2010, steigt sie derzeit ins Berufsleben ein. Sogenannten Studien zufolge zeichnet sie sich durch „Bedürfnisse nach Sicherheit, Orientierung und Zugehörigkeit, (...) Abwechslung, individueller Entfaltung und Lebensgenuss“ aus;⁰¹ angeblich möchte sie „einen Beruf ausüben, der Spaß macht und mit ihren persönlichen Fähigkeiten und Neigungen konform ist. Zudem sollte es sich um einen sicheren Arbeitsplatz mit sinnvollen Arbeitsinhalten handeln.“⁰² Klingt plausibel?

Plausibel klingt es nur, wenn man es nicht umdreht. Denn wer nicht zur Generation Z zählt, auf den dürfte all dies ja *nicht* zutreffen. Sind Sie, lieber Leser, nicht Mitglied der Generation Z, heißt das dann: Ihnen dürfte an Sicherheit wenig gelegen sein, ebenso wenig wie an Orientierung und Zugehörigkeit. Dafür treffen Monotonie, individuelle Einschränkungen und Entsagung ganz Ihren Geschmack. Sie müssten einen Beruf suchen, der zwar *keinen* Spaß macht und *nicht* mit Ihren persönlichen Fähigkeiten und Neigungen einhergeht, jedoch zumindest schön unsicher ist und keine sinnvollen Arbeitsinhalte bietet.

Dreht man als wissenschaftlich verkaufte Aussagen über „die Jugend“ ins Gegenteil, merkt man schnell, dass sie zwar eine bestimmte Generation beschreiben – jedoch alle anderen ebenso. Jedes Horoskop wäre ebenso präzise. Das macht Generationenlabels wie „Z“ bedeutungslos. Beschreibungen der Vorgängergeneration sind allerdings auch nicht besser. So legt die vermeintliche „Generation Y“, auch bekannt als zwischen 1995 und 1980 geborene „Millennials“, angeblich „viel Wert auf Emotionen“ und möchte „die Strategien der Zukunft neu definieren“.⁰³ Sind also allen, die nicht zu dieser „Generation“

gehören, ihre Emotionen egal? Ist ihnen die Zukunft gleichgültig?

PROFITABLE ZUSCHREIBUNGEN

Tatsächlich erscheinen Jugendbeschreibungen dieser Art vielen Menschen erst einmal plausibel. Das liegt aber nicht daran, dass sie wirklich etwas Sinnvolles über eine Geburtenkohorte aussagen. Vielmehr erkennen sich ihre Mitglieder in den vagen, allgemein gehaltenen Aussagen wieder, weil solche Aussagen eigentlich auf jedermann zutreffen. Wahrsager nutzen diese Technik deswegen seit Jahrhunderten.

Eine zweite Wahrsager-Methode besteht darin, eine spezifisch klingende Aussage mit deren Gegenteil zu verknüpfen, so wie „Oft sind Sie sehr ausgeglichen, aber Sie können auch sehr wütend werden.“ Solche Aussagen hören sich immer richtig an, weil man sich den passenden Teil herauspicken und den Rest vergessen kann. Es ist daher kein Wunder, dass die Generationenwahrsager über die „Millennials“ schreiben, diese setzten zwar alles daran, „in Beruf und Karriere voranzukommen“, jedoch sei ihnen „Betriebsklima und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weitaus wichtiger als eine steile Karriere“. Die Generation habe zwar eine „realistische und pragmatische Weltsicht“, verliere jedoch „vorübergehend die Maßstäbe für die reale Welt“.⁰⁴

Wenn Generationenlabel so widersprüchlich sind, dass sie mehr über Methoden von Wahrsagern als über tatsächliche Kohortenunterschiede enthüllen, warum finden sich diese Label dann trotzdem überall? Vielleicht, weil sie mehr mit menschlichen Bedürfnissen nach Abgrenzung und Selbstvergewisserung zu tun haben als mit „der Jugend“ selbst. Und weil die Wahrsager der Moderne wie ihre Vorgänger auf den Jahrmärkten Geld verdienen wollen.

Besonders die Erzählung von der „faulen Jugend“ lässt sich profitabel bewirtschaften. Und vielleicht nicht zuletzt deswegen geschieht dies auch bereits sehr, sehr lange. Schon Aristoteles soll die Jugend als unerträglich und unverantwortlich bezeichnet haben. Heute wäre er vermutlich Kolumnist beim „Spiegel“. Als Generationenverstehender wäre ihm in den vergangenen Jahrzehnten nicht langweilig geworden. Schließlich mussten in den 1960er Jahren die Babyboomer als arbeitsfaule Hippies verunglimpft werden, nur um sie später als fleißige Arbeitsbienen zu rehabilitieren. Dann kamen die 1970er und 80er Jahre; nun galt es, die „Generation X“ zur wirklich außergewöhnlich arbeitsunwilligen „Null Bock“-Generation zu normieren. Doch das war schon wieder vergessen, als dieselben Nichtsnutze von gestern gebraucht wurden, um als tüchtige Gegenbeispiele herzuhalten zu den nun aber wirklich phlegmatischen Generationen Y und Z.

Entsprechend werden diese beiden Generationen heute als arbeitsunfähig und verwöhnt charakterisiert. Die Metamorphose von Faulpelzen zu Leistungsträgern steht ihnen wohl noch bevor. Diese Verwandlung scheint nämlich immer erst einzutreten, wenn eine vermeintliche Generation selbst Kinder hat, denen sie beim Faulenzen zusehen kann. Die Generation Z wird jedoch bereits von den noch jüngeren bedrängt; in puncto Nichtsnutzigkeit wird ihr bereits von der vermeintlichen „Generation Alpha“ der Rang abgelaufen. Letztere wurde schließlich schon 2021 in einem Bestseller zur „Generation lebensunfähig“ erklärt, und das ist schwer zu toppen. Die ältesten Mitglieder dieser Geburtenkohorte waren da gerade einmal elf Jahre alt.

Dass eine ganze Alterskohorte schon vor Eintritt in die Pubertät als lebensunfähig abgestempelt wird, illustriert die Absurdität von Generationenzuschreibungen. Tatsächlich spricht die ökonomi-

sche Wirklichkeit gegen den ewigen Refrain vom Niedergang der Jugend. Denn wäre mit jeder neuen Jugendkohorte wirklich ein derartig drastischer Rückgang an Humankapital zu verzeichnen gewesen, müsste die Menschheit gerade ihre Rückkehr auf die Bäume planen. In Wirklichkeit planen die früher vermeintlich arbeitsunwilligen Generationen heute eher Flüge zum Mars. Und so stellt sich die Frage, warum die Älteren „die Jugend“ immer wieder abwerten, die sich dann selbst bei der nachfolgenden Geburtenkohorte mit einer Opfer-Täter-Umkehr revanchiert, sobald ihr die ersten grauen Haare wachsen. Womöglich geht es hier gar nicht so sehr um die Eigenschaften der Jungen, sondern vielmehr um die Bedürfnisse der Alten.

GENERATIONISMUS

Unser Gehirn liebt es, Menschen in Gruppen einzuteilen. Wir machen das nicht, weil wir böse sind, sondern weil die Welt komplex ist. Niemand kann acht Milliarden Individuen auseinanderhalten. Stattdessen müssen wir auf Kategorien wie Männer und Frauen oder Deutsche und Franzosen zurückgreifen. Wenn wir Geschlechter jedoch allzu kategorisch unterscheiden, brandmarken wir dies als Sexismus, und alle sind empört. Diskriminieren wir aufgrund der Herkunft, lehnen wir dies als Rassismus ab. Kategorisieren wir dahingegen nach Geburtsjahr, nennen wir es Generationenforschung.

Doch warum sollte diese Diskriminierung mit wissenschaftlichem Gütesiegel besser sein als Rassismus und Sexismus? Dahinter stecken schließlich dieselben Mechanismen von Kategorisierung, Stereotypisierung und darauf aufbauender Diskriminierung, wobei man die eigene Gruppe aufwertet, indem man die andere abwertet. Doch spätestens, wenn Jugendliche aufgrund ihrer vermeintlichen Generationeneigenschaften beispielsweise Jobs nicht bekommen, handelt es sich um auch rechtlich relevante Diskriminierung.

Dennoch ist „Generationismus“ eine bisher akzeptierte Form von Diskriminierung. Viele Medien halten sich für besonders diskriminierungssensibel. Doch ohne mit der Feder zu zucken, schreiben Journalisten von der „faulen Generation Z“ oder der „lebensunfähigen Generation Alpha“ – also mitunter Kindern, die noch Jahre entfernt sind vom Arbeitsmarkt. Doch warum sollte das besser sein, als von „faulen Frau-

- 01** Martin Klaffke, Millennials und Generation Z. Charakteristika der nachrückenden Arbeitnehmer-Generationen, in: ders. (Hrsg.), Generationen-Management: Konzepte, Instrumente, Good-Practice-Ansätze, Wiesbaden 2014, S. 57–82, hier S. 73.
- 02** Sabrina Eilers, Generation Z in Deutschland, in: Christian Scholz/Lisa-Dorothee Grotefend (Hrsg.), Generation Z im Vierländer-Vergleich, Baden-Baden 2019, S. 57–118, hier S. 75.
- 03** Anders Parment, Die Generation Y. Mitarbeiter der Zukunft motivieren, integrieren, führen, Wiesbaden 2013, S. 9, S. 11.
- 04** Klaus Hurrelmann/Erik Albrecht, Die heimlichen Revolutionäre. Wie die Generation Y unsere Welt verändert, Weinheim 2014, S. 33, S. 42f.

en“ zu schreiben? Das würde zu Recht niemand akzeptieren. Doch warum akzeptieren wir dann Diskriminierung aufgrund des Geburtsjahres?

Es mag menschlich sein, dass jede Generation die nachfolgende durch die Linse ihrer eigenen Sorgen betrachtet und vielleicht besorgt ist, dass die Jüngeren aufgrund akuter Burnout-Gefahr die Rente der Älteren nicht mehr erwirtschaften können. Doch diese menschliche Schwäche wird auch durch handfeste Geschäftsinteressen befördert: Jugendstudien generieren Aufmerksamkeit, indem sie alle paar Jahre eine vermeintlich zukunftsprägende Generation ausrufen. Besonders viel Aufmerksamkeit bekommen sie, wenn sie damit auch gleich ein Problem beschreiben können. „Die zufriedene Jugend“ verkauft sich schlecht; „die arbeitsscheue Jugend“ garantiert ein Medienecho. Darauf bauen selbsternannte Jugend- und Zukunftsforscher ihre Geschäftsmodelle auf und verkaufen „Arbeitgeber-Coaching Bindungsbooster“ (kein Witz, gibt es wirklich), damit die eben noch als arbeitsscheu verunglimpft Generation nun bloß nicht das eigene Unternehmen verlässt. Selbsternannte Generationenforscher vergeben teure „Generation Thinking Zertifizierungen“, mit denen Unternehmen ihre „Generationensensibilität“ nachweisen können, wenn sie den Workshop für 3600 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer pro Person durchlaufen haben. Wie absurd das ist, zeigt sich, wenn man diese Konzepte auf andere Kategorien überträgt. Stellen Sie sich „Female Thinking Zertifizierungen“ vor, die Ihrem zehnköpfigen Führungsteam „weibliches Denken“ bescheinigen sollen. Für nur etwa 40 000 Euro könnte Ihr Team lernen, sogar mit Frauen zusammenzuarbeiten. Jeder wäre empört. Bei Generationen stört es niemanden.

Kommt Ihnen diese Kritik an der „Generationslobby“ übertrieben vor? Dann lade ich Sie zu einem Experiment ein: Googeln Sie jeden, der medial eine Generationenkrise heraufbeschwört. Stets werden Sie auf jemanden stoßen, der damit Bücher, Seminare oder Coachings verkaufen will. Solch kommerzielle Anbieter verteidigen ihre Nutzung des Generationenkonzeptes oft mit dem Hinweis, gesellschaftliche Analysen seien ohne Kategorienbildung nun einmal unmöglich. Wir unterscheiden doch auch Ober- und Unterschicht oder Hoch- und Niedriggebildete. Und Diskriminierung aufgrund solcher Kategorien ist völlig legal.

Doch während Kategorien wie Bildungsabschlüsse reale Unterschiede markieren, beschreiben Generationenlabels in Wirklichkeit meist lediglich Unterschiede zwischen Alt und Jung. Die Generation Z hat wenig Lust auf Arbeit? Ja, genauso wie jede vorherige Generation im Jugendalter. Stabile Generationeneffekte am Werk zu sehen, wäre hier so sinnvoll, wie den Berufseinstiegern der Generation Z zu unterstellen, keine Midlife-Crisis zu haben. Denn nicht das Geburtsjahr, sondern das Lebensalter bedingt dies. Auch die heute 20-Jährige wird in 20 Jahren der heute 40-Jährigen ähneln, aufgrund von Lebenserfahrung, Reifung und Nackenverspannung. Nur: Mit dem Geburtsjahr haben all diese Alterseffekte nichts zu tun.

Der zweite Grund, weshalb Generationenlabels wenig erklären, ist, dass wir oft „Zeitgeist“ meinen, wenn wir „Generation“ sagen. Jugendliche sind heute angeblich toleranter als früher. Doch solche Aussagen sind inhaltsleer, wenn sie nicht nur „die Jugend“ beschreiben, sondern alle. Denn dann entpuppen sich vermeintliche Generationenunterschiede als sogenannte Periodeneffekte. Es gab Zeiten, da fühlte sich eine große Mehrheit in Deutschland mit der Vorstellung unwohl, dass Homosexuelle heiraten. Heute befürworten es fast zwei Drittel. Dass auch Jugendliche diesen Wandel spiegeln, ist ebenso wahr wie trivial. Es sagt aber nichts speziell über „die Jugend“ aus, sondern über gesamtgesellschaftliche Veränderungen. Gleiches gilt für Sorgen wegen des Klimawandels. Ja, „die Jugend“ macht sich deswegen mehr Sorgen als früher – genauso wie alle anderen dies heute mehr tun als früher. Solch ein Wandel des Denkens zeigt, dass die Gesellschaft sich verändert; mit Generationenunterschieden hat es wenig zu tun.

Dass solche Alters- und Periodeneffekte in Wirklichkeit hinter vermeintlichen Generationenunterschieden stecken, ist keine Behauptung, sondern wissenschaftlich gut belegt. Bereits 2012 fasste eine Metastudie die bisherige empirische Forschung prägnant mit dem Satz zusammen, „der Zusammenhang zwischen Generationenzugehörigkeit und Arbeitseinstellungen ist moderat bis gering, in vielen Fällen gleich null“.⁰⁵ Was

05 David P. Costanza et al., *Generational Differences in Work-Related Attitudes: A Meta-Analysis*, in: *Journal of Business and Psychology* 4/2012, S. 375–394, hier S. 375 (eigene Übersetzung).

lässt sich außerdem noch schlecht durch Generationen erklären? Beispielsweise der Drang, sich selbst zu verwirklichen, beruflich erfolgreich sein zu wollen, die Zukunft zuversichtlich zu sehen, sich Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz, die eigene wirtschaftliche Situation oder die Wirtschaft allgemein zu machen, sich für Politik zu interessieren oder zu engagieren oder auch, sich Europa zugehörig zu fühlen. Immer wieder zeigt sich: Man kann all dies eher mit dem Alter und dem Zeitgeist erklären als mit der vermeintlichen Generationenzugehörigkeit.⁰⁶

Die aktuelle wissenschaftliche Fachliteratur schließt deswegen, es gebe kaum empirische Belege für die Existenz von Generationen.⁰⁷ In einigen Fachzeitschriftenaufsätzen wird deswegen bereits empfohlen, das Generationskonzept auf dem „sprichwörtlichen empirischen Müllhaufen zu entsorgen“.⁰⁸ Doch wer weiß, vielleicht konstruieren geschäftstüchtige Generationenforscher daraus noch die „Generation Müllhaufen“.

KANN DIE BESCHÄFTIGUNG MIT JUGEND SINNVOLL SEIN?

Kann Jugendforschung unter diesen Vorzeichen überhaupt jemals sinnvoll sein? Durchaus. Denn ebenso, wie es Studien über Großstadtbewohner, Protestanten und Briefmarkensammler gibt, kann es natürlich auch Studien über Jugendliche geben. Man sollte sich dann nur von dem Anspruch verabschieden, dadurch etwas über die Einstellungen der Erwachsenen der Zukunft zu erfahren. Doch mit genau diesem Anspruch legitimieren sich viele Jugendstudien mehr oder minder explizit.

06 Vgl. Martin Schröder, Der Generationenmythos, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS) 3/2018, S. 469–494; ders., Generationen gibt es, sie sind nur unsichtbar, in: KZfSS 3/2019, S. 471–480; ders., Work Motivation Is Not Generational but Depends on Age and Period, in: Journal of Business and Psychology 4/2024, S. 897–908; ders. et al., A Matter of Time, Not Generations: Rising Emotional Attachment to the European Union 1991–2023. An Age Period Cohort Analysis, in: Journal of European Public Policy 6/2024, S. 1307–1335.

07 Vgl. Cort W. Rudolph et al., Generations and Generational Differences: Debunking Myths in Organizational Science and Practice and Paving New Paths Forward, in: Journal of Business and Psychology 6/2021, S. 945–967, hier S. 945.

08 Cort W. Rudolph/Hannes Zacher, Generations, We Hardly Knew Ye: An Obituary, in: Group & Organization Management 5/2022, S. 928–935, hier S. 929 (eigene Übersetzung).

Dabei gibt es gute Gründe, die Jugend zu erforschen, ohne damit etwas über vermeintliche Generationen aussagen zu wollen. Will eine Universität herausfinden, in welcher Farbe sie die Website ihrer Studienberatung gestalten sollte, hilft ihr eine Studie über Altenheimbewohner wenig. Dabei macht es im Ergebnis keinen Unterschied, ob man herausfindet: „Die im Jahr 2005 Geborenen mögen Blau“ oder „20-Jährige im Jahr 2025 mögen Blau“. Beides beschreibt denselben Sachverhalt – einmal als Generationen-, einmal als Alters- und Periodeneffekt. Dies ändert jedoch nichts daran, dass die Website besser blau als rot gestaltet sein sollte. Entscheidend ist allerdings, sich klarzumachen, dass Einstellungen und Vorlieben sich mit dem Alter und der Zeit verändern, statt aufgrund des unveränderlichen Geburtsjahres für immer festgezurr zu sein.

Denn für die meisten Einstellungen sind eben nicht das Geburtsjahr, sondern das Lebensalter sowie gesamtgesellschaftliche Veränderungen verantwortlich. Die Rede von einer Generation ist nur dann sinnvoll, wenn zutrifft, was der Soziologe Karl Mannheim vor fast 100 Jahren formulierte: Jugendliche werden zu einer Generation, wenn sie gemeinsame historische Erfahrungen machen, die sie ein Leben lang prägen, wohingegen diese Erfahrungen allen anderen Geburtskohorten fehlen müssen.⁰⁹ Mannheim dachte dabei an jene Männer, die durch die Schützengräben des Ersten Weltkriegs lebenslang traumatisiert wurden und sich dadurch für immer von allen anderen Geburtskohorten unterschieden.

Es ist jedoch eine Sache, zu vermuten, dass der Erste Weltkrieg eine Kohorte lebenslang geprägt hat und sie dadurch von allen anderen unterscheidet. Etwas gänzlich anderes ist die Behauptung, alle rund 15 Jahre hätte eine Geburtskohorte drastisch andere Erfahrungen durchgemacht, sodass sie sich von allen anderen lebenslang unterscheidet.

Vollkommen unmöglich ist allerdings auch das nicht. So ist nicht auszuschließen, dass jugendliche Mädchen sich während einer Phase vulnerabler Selbstfindung heute besonders intensiv auf Social Media vergleichen, was ihr Selbstvertrauen dauerhaft verringern und sie damit von allen anderen Kohorten unterscheiden könnte. Ebenso vorstellbar ist, dass Jungen ihre ersten Erfahrungen

09 Vgl. Karl Mannheim, Das Problem der Generationen, in: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 2/1928, S. 157–185, S. 309–330.

gen mit Sexualität zunehmend durch Internetpornografie machen und ihre Wahrnehmung des anderen Geschlechts sich dadurch von anderen Geburtenkohorten unterscheidet.¹⁰ Solche Generationeneffekte sind möglich, wenn es dafür eine überzeugende kausale Begründung gibt – wenn man also vermuten kann, dass eine Geburtenkohorte durch eine bestimmte Erfahrung lebenslang geprägt wurde und sich dadurch von allen anderen dauerhaft unterscheidet.

Doch das ist eine hohe Messlatte, an der aktuelle Generationenbezeichnungen scheitern. Die Generation X wird auch „Generation Golf“ genannt, weil dies das meistverkaufte Auto ihrer Jugend war. Für die „Millennials“ hat schon der Datumwechsel ins neue Jahrtausend gereicht. Ihre Unterschiede zur nachfolgenden Generation Z werden damit begründet, dass sie „Herr der Ringe“ verschlungen und SMS getippt, wohingegen die Generation Z „Harry Potter“ gelesen und Whatsapp-Nachrichten geschrieben habe. Natürlich kann man Menschen anhand von Automodellen, Fantasyliteratur und Messengerdiensten einteilen. Doch genauso

¹⁰ Vgl. Jonathan Haidt, *Generation Angst*, Hamburg 2024.

könnte man eine gesellschaftliche Polarisierung aufgrund unterschiedlicher Pizzavorlieben herbeischreiben. Solche „Jugendforschung“ ist deswegen samt der damit verbundenen Generationenlabels X, Y, Z und nun auch Alpha sinnlos. Was diese vermeintliche Forschung als Generationenunterschiede verkauft, sind meist einerseits Einstellungsunterschiede, die jeder Mensch im Laufe seines Lebens durchmacht, und andererseits gesellschaftliche Entwicklungen, die wir alle gemeinsam durchmachen.

Junge und Alte hatten schon immer unterschiedliche Prioritäten. Und wir alle denken heute anders als früher. Doch darüber hinaus unterscheiden sich einzelne Geburtenkohorten kaum voneinander. Generationenlabel, die etwas anderes vermuten lassen, sind lediglich Ausdruck eines pseudoakademischen Geschäftsmodells, das alle 15 Jahre den nächsten Buchstaben des Alphabets als Generationenbeschreibung missbraucht, um damit Geld zu verdienen.

MARTIN SCHRÖDER

ist Professor für Soziologie an der Universität des Saarlandes.

Schon gehört?

Die APuZ gibt es auch als Podcast!



JUGENDLICHE IN DEUTSCHLAND IM SPIEGEL DER GESELLSCHAFT

Mathias Albert

Es dürfte schwerfallen, weltweit ein Land zu finden, das sich in Form verschiedener Jugendstudien derart intensiv mit den Einstellungen, Lebenslagen und Befindlichkeiten der im Land lebenden Jugendlichen auseinandersetzt wie Deutschland. Um nur eine Auswahl bekannter Studien zu nennen: Die Shell Jugendstudie erscheint seit 1953, seit 1965 gibt es den von einer Kommission von Expertinnen und Experten verfassten Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, seit 2008 die Studie „Wie ticken Jugendliche?“ („SINUS-Jugendstudie“).⁰¹ Dabei ist nicht nur bemerkenswert, dass diese Studien mitunter schon seit Jahrzehnten erscheinen und ihre Veröffentlichung üblicherweise eine hohe mediale Aufmerksamkeit erfährt. Bemerkenswert ist auch, dass es der Tradition dieser Studien und der Aufmerksamkeit, die sie erhalten, keinen Abbruch zu tun scheint, dass sie sich in einem gesellschaftlichen Umfeld bewegen, in dem im Zuge des demografischen Wandels der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung immer geringer wird.

Diese Beobachtung ist der Ausgangspunkt der folgenden Ausführungen, die sich der Jugend in Deutschland im Jahre 2025 auf zwei Ebenen nähern: zum einen mittels empirischer Daten, wie sie insbesondere in der Shell Jugendstudie erhoben werden, um gegenwärtige Einstellungen mit den Stimmen der Jugendlichen selbst zu vermessen und diese in einen langfristigen Trendverlauf einordnen zu können; zum anderen mittels einer eher theoretischen Reflexion darüber, was die Beobachtung von Jugend über deren Einbettung in einen gesellschaftlichen Kontext aussagt. Eine solche Vorgehensweise nimmt die oft bemühte Rede von „Jugend als Seismograf der Gesellschaft“ ernst, indem sie Jugendliche nicht als Indikator für spezifische zukünftige Entwicklungen versteht, sondern als wichtigen Gegenstand zur Messung der „Tektonik“ der Gesamtgesellschaft und deren Verschiebungen.

Ein solches Verhältnis erscheint als Voraussetzung für einen komplexen, analytisch gehaltvollen Generationsbegriff, der sich absetzt von populären, aber stark vereinfachenden Generationsetikettierungen (Generation X, Y, Z und andere mehr). Der folgende Abschnitt führt zunächst in diesen Generationsbegriff ein, bevor insbesondere auf Grundlage der Shell Jugendstudie 2024 ein stark gestraffter Überblick über wesentliche Einstellungen und Orientierungen von Jugendlichen in Deutschland erfolgt, vor allem mit Bezug auf politische Einstellungen. Anschließend wird die angesprochene Beobachtung beziehungsweise Beobachtungstradition von Jugend in Deutschland selbst als weiteres Einordnungsmerkmal herangezogen.

JUGEND ALS GENERATION

„Die Jugend“ ist für einzelne Menschen ein Lebensabschnitt, in dem bestimmte Entwicklungsaufgaben zu bewältigen sind.⁰² Dabei gibt es keine festen Altersgrenzen für den Beginn oder das Ende dieses Lebensabschnitts. So unterschiedlich individuelle Verläufe sind, so unterschiedlich ist dementsprechend das Lebensalter, in dem für einzelne das Jugendalter beginnt und endet. Insgesamt lässt sich jedoch beobachten, dass sich der Übergang vom Kindes- in das Jugendalter – mit den dazugehörigen Merkmalen wie etwa einer emotionalen Distanzierung von der Herkunftsfamilie und sexueller Reife – in westlichen Gesellschaften im Laufe der vergangenen Jahrzehnte im Lebensverlauf deutlich nach vorne, hin zum Beginn des zweiten Lebensjahrzehnts verschoben hat. Auf der anderen Seite franst der Übergang vom Jugend- ins Erwachsenenalter weit aus, indem die hier üblichen „Marker“, wie etwa der Abschluss der Ausbildung, der Eintritt in das Berufsleben, die Etablierung einer festen Partnerschaft und die Gründung einer Familie, zeitlich oft weit auseinandertreten und dabei zum Teil bis

weit ins vierte Lebensjahrzehnt verschoben werden (oder ganz ausbleiben).

Die im Zeitverlauf variablen Grenzen der Jugend verweisen dabei zuallererst darauf, dass es sich bei Jugend nicht (nur) um einen durch mentale oder physiologische Entwicklungsschritte individuell zurechenbaren Lebensabschnitt handelt, sondern vor allem auch um eine gesellschaftliche Konstruktion. Die Geschichte der Jugend „war immer schon interpretierte Geschichte, überformt von den Etiketten der Erwachsenengesellschaft, geprägt von Jugendlichkeitsmythen in Literatur, Kunst, politischer Öffentlichkeit und gefiltert durch je zeitspezifische Jugendbilder“.⁰³ Hinzu kommt, dass eine durch Traditionen, Institutionen, Normen, mediale Beobachtung und wissenschaftliche Erforschung bedingte starke Konzentration auf einen nationalstaatlichen Raum suggeriert, dieser sei der gleichsam „natürliche“ Raum für „die Jugend“ („methodologischer Nationalismus“).

Dabei wird nur zu leicht verdeckt, dass sich viele für die Entwicklung und (Selbst-)Beschreibung von Jugendlichen relevante Entwicklungen und Trends gerade auch im digitalen Zeitalter an ganz anderen, zum Teil regionalen, zum Teil globalen Bezugsräumen orientieren. Ferner ist „Jugend“ nicht nur in den amtlichen Statistiken verschiedener Staaten unterschiedlich definiert, sondern die zentralen Merkmale von Ju-

gend nebst der relevanten (zum Beispiel rituellen) Statuspassagen vom Jugend- ins Erwachsenenalter sind in verschiedenen Kulturkreisen zum Teil deutlich unterschiedlich gefasst – und auch dies wiederum wandelt sich im Laufe der Zeit und keineswegs in einer global gleichförmigen Weise. Genau an dieser Stelle – und im Bewusstsein der angesprochenen Beschränkungen – muss ein gehaltvoller Generationsbegriff ansetzen, der Jugend nicht auf die statistische Größe einer bestimmten Alterskohorte der Wohnbevölkerung eines bestimmten Staates reduziert.

Den Schlüssel zum Verständnis einer Generation anhand eines gehaltvollen wie komplexen Generationsbegriffs bietet weiterhin die Soziologie Karl Mannheims als „Locus classicus“: „Nicht das Faktum der in derselben chronologischen Zeit erfolgten Geburt, des zur selben Zeit Jung-, Erwachsen-, Altgewordenseins, konstituiert die gemeinsame Lagerung im sozialen Raume, sondern erst die dadurch erstehende Möglichkeit, an denselben Ereignissen, Lebensgehalten usw. zu partizipieren und noch mehr, von derselben Art der Bewusstseins-schichtung aus dies zu tun.“⁰⁴ Diese gemeinsame „Lagerung“ im sozialen Raum mit ihren historisch und kulturell je spezifischen Potenzialen formt aus einer Alterskohorte einen „Generationszusammenhang“.⁰⁵ Mannheim unterscheidet hiervon jedoch den Begriff der „Generationseinheiten“. Generationseinheiten bezeichnen (ähnlich dem Begriff des Milieus) innerhalb eines Generationszusammenhangs ähnliche Einstellungen und Wertmuster, und letztlich sind Anzahl und Ausprägung dieser Generationseinheiten innerhalb eines Generationszusammenhangs die prägenden Merkmale einer Generation.

Genau an dieser Stelle liegt die Problematik der pauschalen Bezeichnung von Generationen, etwa als „Generation Z“, begründet. Die Beschreibung der mit solchen Begriffen erfassten Einstellungsmuster ist nicht unbedingt falsch, sie bezieht sich aber auf eine bestimmte Generations-

01 Die jüngsten Ausgaben aller genannten Studien erschienen 2024: Shell Deutschland GmbH (Hrsg.), Jugend 2024. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt, Weinheim 2024; Marc Calmbach et al., Wie ticken Jugendliche? 2024. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland, Bonn 2024; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, Berlin 2024. Weitere bekannte Studien sind etwa der Survey „Aufwachsen in Deutschland“ (AID:A) des Deutschen Jugendinstituts, den es in dieser Form seit 2009 gibt (<https://surveys.dji.de/index.php?m=msg,0&fid=20>), die „Trendstudie Jugend in Deutschland“ (www.simon-schnetzer.com/jugendstudien), die Jugendstudie der TUI Stiftung (www.tui-stiftung.de/unsere-projekte/junges-europa-die-jugendstudie-der-tui-stiftung) sowie der DAK Kinder- und Jugendreport (www.dak.de/dak-kinder-und-jugendreport-2023_45524).

02 Vgl. Gudrun Quenzel/Klaus Hurrelmann, Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, Weinheim 2022¹⁴.

03 Peter Dudek, Geschichte der Jugend, in: Heinz-Hermann Krüger/Cathleen Grunert/Katja Ludwig (Hrsg.), Handbuch Kindheits- und Jugendforschung, Bd. 1, Wiesbaden 2022³, S. 497–519, hier S. 498.

04 Karl Mannheim, Das Problem der Generationen [1928], in: ders., Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, eingel. und hrsg. von Kurt H. Wolff, Berlin 1967, S. 509–565, hier S. 536.

05 Vgl. Mathias Albert et al., Der Nutzen des Begriffs Generation in Soziologie und Jugendforschung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3/2019, S. 457–469; weiterführend: Ohad Parnes/Ulrike Vedder/Stefan Wilder, Das Konzept der Generation. Eine Wissenschafts- und Kulturgeschichte, Frankfurt/M. 2008.

einheit und setzt diese als repräsentativ für einen *Generationszusammenhang*. Dass ein *Generationszusammenhang* nur aus einer einzigen *Generationseinheit* besteht, ist zwar logisch denkbar, erscheint aber in der modernen, funktional differenzierten und dabei immer noch von relevanten Stratifikationen (also sozialen Schichten) und relevanten segmentären Differenzierungen (also regionalen oder Stadt-Land-Unterschieden) gekennzeichneten modernen Gesellschaft als extrem unwahrscheinlich – und lässt sich auch empirisch nicht beobachten.

Die Unterscheidung zwischen *Generationszusammenhang* und *Generationseinheiten* erschwert sicherlich eine medial anschlussfähige und häufig gebrauchte Bezeichnung der jungen Generation mit einem einzigen Begriff. Sie liefert aber den Schlüssel dafür, um die junge Generation als eigenständigen, gleichzeitig aber intern stark differenzierten *Generationszusammenhang* in der Gesellschaft in einem spezifischen historisch-kulturellen Kontext zu beschreiben.

EINSTELLUNGEN ZU POLITIK UND DEMOKRATIE

Im beschriebenen Sinne einer differenzierenden Beschreibung von Generationen verzichtet die Shell Jugendstudie seit geraumer Zeit bewusst darauf, die junge Generation in Deutschland mit einem Begriff zu etikettieren, der letztendlich nur eine unter mehreren vorzufindenden *Generationseinheiten* bezeichnet. Sie verzichtet dabei aber nicht darauf, den *Generationszusammenhang* seit etwa zwanzig Jahren als „pragmatisch“ zu etikettieren. Damit sind dann aber eben nicht von allen oder der überwiegenden Mehrheit gemeinsam geteilte Einstellungen gemeint, sondern vielmehr, dass sich Jugendliche in ihrem gesellschaftlichen Umfeld pragmatisch positionieren. Sie orientieren sich nicht an umfassenden tradierten Weltbildern oder entsprechenden festgefügtten Wertemustern, sondern vollziehen teils treibend, teils nachfolgend die Entwicklung hin zu einer postindustriellen und digitalen, durch Migration als „Normalfall“ geprägten Nach-Nachkriegsgesellschaft mit sich wandelnder historischer Erinnerung und Erinnerungskultur, sowie den globalen Wandel hin zu einer zunehmend digitalisierten Welt.

Vor diesem Hintergrund ist die Shell Jugendstudie seit 2002 konsequent als Trendstudie ange-

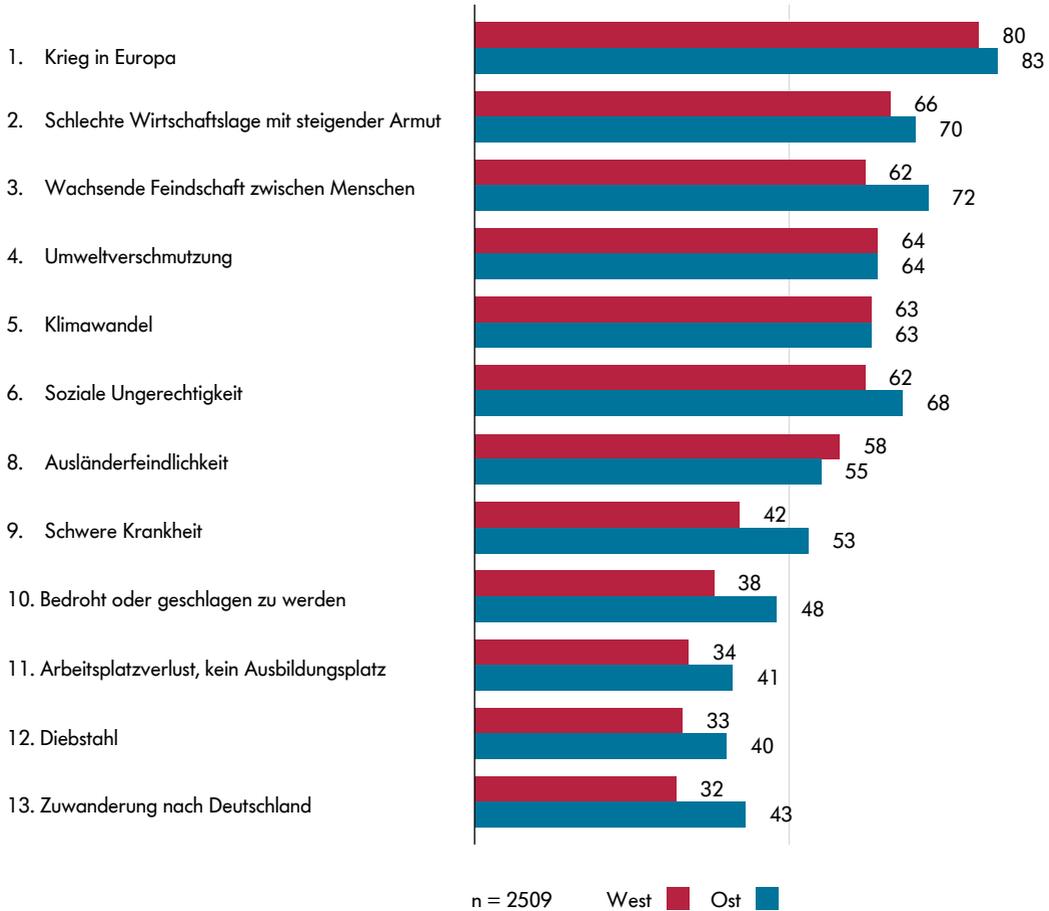
legt. Hiermit sind tagesaktuelle Bestandsaufnahmen weder möglich noch beabsichtigt, vielmehr steht die Einordnung im Lichte mittel- und längerfristiger Entwicklungen im Vordergrund. Eher durch die Zufälle der Arbeitsabläufe bestimmt, hatte dies zur Konsequenz, dass die 18. Shell Jugendstudie 2019 kurz vor Ausbruch der Coronapandemie erschien, während die 19. Shell Jugendstudie 2024 nach dem weitgehenden Auslaufen aller pandemiebedingten Einschränkungen veröffentlicht wurde. Ein solches Timing erlaubt es, gerade in einer längerfristigen Perspektive einzuschätzen, wie stark dieses (nicht nur, aber besonders auch) für Jugendliche einschneidende Ereignis prägend auf unterschiedliche Einstellungen gewirkt hat. Zudem sind Verzerrungen dadurch unwahrscheinlicher, die etwa bei Befragungen in den Hochphasen der Pandemie mit den entsprechenden Einschränkungen und Lockdowns zu erwarten gewesen wären.⁰⁶

Gerade in einer solchen Perspektive, die zunächst nur die Unterschiede zwischen dem Jahr 2019 und dem Jahr 2024 in den Blick nimmt, fällt zunächst als wohl eines der überraschendsten Ergebnisse der Studie auf, dass mehr Jugendliche eher zuversichtlich auf die Zukunft der Gesellschaft schauen, als dies noch wenige Jahre zuvor der Fall war. Dabei ist nicht der absolute Anstieg das Bemerkenswerte (2019: 52 Prozent; 2024: 56 Prozent), sondern die Zunahme der Zuversicht überhaupt nach einer Zeit, die vor allem von der Coronapandemie und dann vom Krieg in der Ukraine gekennzeichnet war. Diese Entwicklung bedarf der Einordnung. Sie spiegelt keinesfalls wider, dass Jugendliche sich nicht um viele Dinge große Sorgen machen würden. So gaben 2024 etwa 81 Prozent der Jugendlichen an, dass ihnen ein Krieg in Europa Angst macht (2019: 46 Prozent), gefolgt von Ängsten bezüglich der wirtschaftlichen Lage und steigender Armut (2019: 52 Prozent; 2024: 67 Prozent) sowie vor wachsender Feindseligkeit zwischen den Menschen (2019: 56 Prozent; 2014: 64 Prozent). Ebenfalls sorgen Umweltverschmutzung (2019: 56 Prozent; 2024: 64 Prozent) und Klimawandel (2019: 71 Prozent; 2024: 64 Prozent) für Ängste (*Abbildung 1*).

⁰⁶ Hierbei ist anzumerken, dass das in der Shell Jugendstudie aus methodischen Gründen bevorzugte Verfahren des persönlichen Interviews während der Lockdowns ohnehin kaum durchzuführen gewesen wäre.

Abbildung 1: Wovon sich Jugendliche 2024 im Alter zwischen 12 und 25 Jahren betroffen fühlen: Kernthemen im Ost-West Vergleich, in Prozent

Verschiedene Dinge betrachten manche als großes Problem, andere hingegen als Nebensächlichkeiten. Machen dir persönlich die folgenden Dinge Angst?



Quelle: Shell Deutschland GmbH (Hrsg.), Jugend 2024. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt, Weinheim 2024.

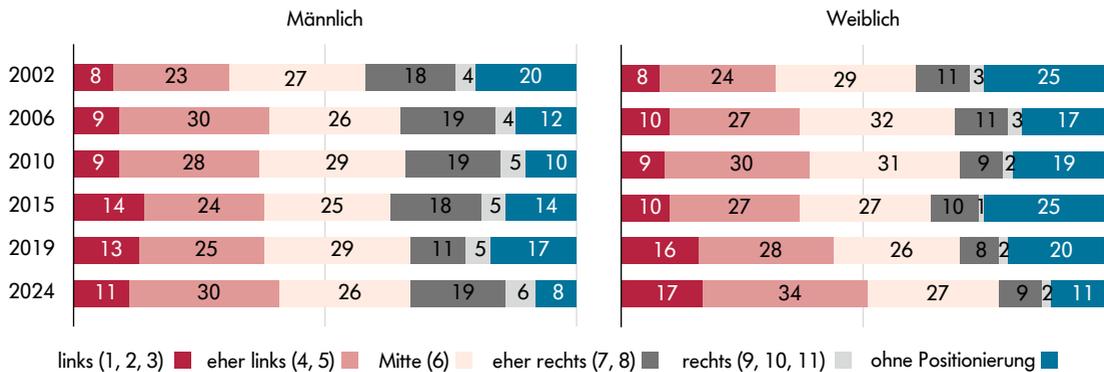
Eine positive Grundstimmung in Bezug auf die Zukunft der Gesellschaft *trotz* vielfältiger Herausforderungen und Gefahren spiegelt hier vor allem eine pragmatische Grundhaltung wider, die von einem sehr hohen Maß an Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen, einem sich kaum wandelnden Wertegefüge und ebenfalls einer hohen Zustimmung zum demokratischen System gekennzeichnet ist. Insgesamt finden 89 Prozent der Jugendlichen – und damit mehr als jemals zuvor seit Beginn des Jahrhunderts –, dass die Demokratie eine gute Staatsform sei. Bei der eher auf die Zufriedenheit mit gegenwärtigen Verhältnissen abzielenden Frage nach der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, sind 75 Prozent zufrieden oder sehr

zufrieden. Das sind etwas weniger als 2019, aber genauso viele wie 2015 und deutlich mehr als in den Jahren davor. Ein markanterer Rückgang fällt hier einzig bei Jugendlichen in Ostdeutschland ins Auge, von 66 Prozent 2019 auf 60 Prozent 2024.

Diese weiterhin hohe Zustimmung zur Demokratie und das hohe Institutionenvertrauen Jugendlicher bedeuten nicht, dass diese nicht auch anfällig für populistische Thesen und eine Orientierung an den politischen Rändern wären. Insbesondere bei der politischen Orientierung ist in den vergangenen Jahren jedoch eine interessante Polarisierung zu beobachten, deren Bewertung aber gerade auch eine längerfristige Perspektive erfordert. Zwischen 2019 und 2024

Abbildung 2: Links-Rechts-Positionierung von Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren, in Prozent

Wie würdest du selber deine politischen Anschauungen einstufen? Bitte nenne mir gemäß dieser Liste die Ziffer, die am ehesten auf dich zutrifft? (Skala von 1 = links bis 11 = rechts)



Quelle: Shell Deutschland GmbH (Hrsg.), Jugend 2024. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt, Weinheim 2024.

haben sich Jugendliche etwas stärker an den politischen Rändern orientiert. So ist der Anteil der männlichen Jugendlichen, die sich als „links“ oder „eher links“ bezeichnen, leicht angestiegen, von 38 auf 41 Prozent. Stärker ist der Anstieg bei denjenigen, die sich als „rechts“ oder „eher rechts“ bezeichnen, von 16 auf 25 Prozent. Dieser stärkeren relativen Bewegung nach rechts bei männlichen Jugendlichen steht bei den weiblichen Jugendlichen eine stärkere Bewegung nach links gegenüber: 2019 bezeichneten sich 44 Prozent als „links“ oder „eher links“, 2024 waren es 51 Prozent; auf der rechten Seite gab es einen deutlich geringeren Anstieg von 10 auf 11 Prozent (Abbildung 2).

Bemerkenswert am Vergleich zwischen der stärkeren Zunahme nach rechts bei den männlichen Jugendlichen und der stärkeren Tendenz nach links bei weiblichen Jugendlichen ist dabei, dass es sich im Falle der weiblichen Jugendlichen um einen nahezu ungebrochenen Trend handelt, bei den männlichen Jugendlichen jedoch eher nicht. Bei den jungen Frauen stieg die Orientierung nach links seit 2002 fast kontinuierlich an. Bei den männlichen Jugendlichen blieb die im Vergleich zu den weiblichen Jugendlichen stärkere Orientierung nach rechts 2006, 2010 und 2015 auf einem ähnlichen Niveau, um 2019 signifikant zurückzugehen und 2024 wieder dieses Niveau zu erreichen.

Die politische Orientierung lässt sich nicht eins zu eins in Einstellungen zu bestimmten Themen übersetzen und schon gar nicht unmittelbar in das Wahlverhalten der Jugendlichen. Gerade

hinsichtlich des Wahlverhaltens legt aber die langfristige Beobachtung der politischen Orientierung nahe, dass insbesondere die AfD am rechten Rand weniger neue politische Orientierungen hervorruft, sondern vielmehr ein schon länger bestehendes Potenzial – einschließlich einer Aufgeschlossenheit für populistische Denkweisen – für sich zu nutzen weiß. Nichtsdestotrotz zeigt die übergroße Mehrheit ein Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen.

PRAGMATISCH IN EINER VIELFÄLTIGEN GESELLSCHAFT

Dass sich Jugendliche trotz widriger Bedingungen und vieler Ängste eine optimistische Grundstimmung mit Blick auf die Zukunft der Gesellschaft und mehrheitlich eine pragmatische Grundhaltung bewahren, spiegelt auch wider, dass sie in einer vielfältigen Gesellschaft aufwachsen und diese Vielfalt in großen Teilen wertschätzen. Dies drückt sich etwa in der hohen Toleranz gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aus. Gerade beim Reizthema Migration kommt zum Ausdruck, dass Jugendliche die Zuwanderung zwar für ein großes Problem halten – noch viel stärker aber sind Ängste davor, was die Auseinandersetzung über das Thema mit der Gesellschaft macht.

2024 sagten etwa 49 Prozent der Jugendlichen, dass Deutschland weniger Zuwanderer als bisher aufnehmen sollte (36 Prozent: genauso viele wie bisher; 7 Prozent: mehr als bisher) – ein so hoher Wert wurde zuletzt 2006 erreicht. 34 Pro-

zent macht die Zuwanderung nach Deutschland Angst. Bedeutsam ist hierbei allerdings, dass dieser Wert in den vergangenen Jahren kaum gestiegen ist (2019: 33 Prozent), während die Angst vor Ausländerfeindlichkeit deutlich – und auf höherem Niveau – zugenommen hat, von 52 Prozent 2019 auf 58 Prozent 2024. Die Jugendlichen reflektieren also, dass Zuwanderung mit Problemen einhergeht; sie reflektieren aber auch, dass sie in einer von Zuwanderung geprägten Gesellschaft aufwachsen, was Toleranz zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen erfordert.

Dass diese Toleranz weiterhin stark verbreitet ist, zeigt die traditionelle Frage danach, ob man es gut oder nicht so gut fände, wenn man bestimmte Personen oder Gruppen – etwa eine jüdische Familie, eine Familie aus Afrika mit dunkler Hautfarbe oder eine deutsche Familie mit vielen Kindern – als Nachbarn hätte. Hier bleiben die Vorbehalte auf niedrigem Niveau und sind gegenüber fast allen Gruppen in den vergangenen Jahren sogar leicht zurückgegangen. Dies darf wichtige Differenzen jedoch nicht verstellen: So sind die Vorbehalte gegenüber den verschiedenen Gruppen bei Jugendlichen im Osten Deutschlands fast durchgehend stärker ausgeprägt als im Westen, und bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus islamisch geprägten Ländern sind die Vorbehalte gegenüber einer jüdischen Familie oder einem homosexuellen Paar deutlich höher als bei anderen.

Trotzdem lässt sich feststellen, dass es sich insgesamt um eine tolerante junge Generation handelt, die mehrheitlich die Vielfalt der Gesellschaft akzeptiert und mehr Angst vor Spaltungsprozessen hat, als dass sie die spaltenden Positionen selbst teilt. Insbesondere zeichnet sich gegenwärtig auch kein Generationenkonflikt ab. Während dieser potenziell in einer alternden Gesellschaft gegeben ist, etwa durch steigende Rentenkosten, realisieren viele Jugendliche in der Gegenwart vielmehr, welche Chancen sich ihnen in einer Situation eröffnen, in der etwa auf dem Ausbildungsmarkt ein Unterangebot an Ausbildungswilligen besteht, weil es einfach weniger jugendlichen Nachwuchs gibt.

JUGEND UND IHRE BEOBACHTUNG

Jugendstudien werden nicht nur betrieben, um etwas über Jugendliche zu erfahren, sondern auch, um etwas über den Zustand der Gesellschaft he-

rauszufinden, deren integraler Teil diese Jugendlichen sind. Genau ein solches Verständnis greift ein differenzierter und reflektierter Generationsbegriff auf: Er suggeriert eben nicht, dass es sich bei der jungen Generation um einen in sich abgeschlossenen – gar hinsichtlich etwa von Einstellungen und Wertvorstellungen relativ homogenen – Teil der Bevölkerung handelt. Vielmehr greift dieser Generationsbegriff auf, dass einerseits relevante soziale Umwelten und typische *Ausprägungen* von Einstellungen und Wertvorstellungen zwar typisch für die Gesamtheit der Jugendlichen sind, dass andererseits aber die hier festzustellende Bandbreite immer so groß bleibt, dass es sich verbietet, eine gesamte Alterskohorte auf einen Buchstaben als Chiffre zu reduzieren – mit einer solchen Etikettierung werden allenfalls bestimmte Merkmale bestimmter Milieus zutreffend beschrieben.

Auf der Grundlage eines solchen Verständnisses von Jugend als Generation kann jede Antwort auf die Frage „Wie tickt die Jugend?“ nur eine Bestandsaufnahme mit vielen Differenzierungen und Schattierungen sein. Angesichts der eingangs beschriebenen Situation, dass die umfassende Berichterstattung über „die Jugend“ kaum irgendwo derart intensiv betrieben wird wie in Deutschland, stellt sich zudem die Frage, was dieser Umstand möglicherweise über die Jugend und ihre Gesellschaft selbst aussagt. Auch wenn hier keine umfassende wissens- oder wissenschaftssoziologische Bearbeitung dieser Frage möglich ist, sollen im Folgenden doch drei kurze Vermutungen zu diesem Sachverhalt angeboten werden:⁰⁷

Erstens entwickelte sich das intensive Interesse an der Jugend in Deutschland in der Nachkriegszeit vor allem aus der Frage heraus, ob und inwieweit die junge Generation in Deutschland demokratiefähig ist. Die Frage nach der Befindlichkeit der Jugend war somit immer auch eine nach den Erfolgsaussichten des Projekts Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere die Shell Jugendstudie wurde 1953 in diesem Kontext ins Leben gerufen.⁰⁸ Die Frage nach den politischen

⁰⁷ Für eine Übersicht über die wissenschaftlichen und theoretischen Konjunktoren der Jugendforschung in Deutschland siehe Heinz-Hermann Krüger/Cathleen Grunert, Historische Entwicklung und zukünftige Herausforderungen der Kindheits- und Jugendforschung, in: Krüger/Grunert/Ludwig (Anm. 3), S. 7–51.

⁰⁸ Vgl. Shell Deutschland (Hrsg.), 50 Jahre Shell Jugendstudie. Von Fräuleinwundern bis zu neuen Machern, Berlin 2002.

Einstellungen und den Einstellungen zur Demokratie wird seit dieser Zeit mitgeführt – und zwar über die Shell Jugendstudien hinaus, gleichsam als Teil der Raison d'être der deutschen Jugendforschung. Dass diese Legitimation nicht obsolet geworden ist, zeigen gerade die vergangenen Jahre, in denen die Gefahren einer politischen Polarisierung der Gesellschaft wieder stärker ins Bewusstsein getreten sind.

Zweitens spiegelt die Vielzahl von Jugendstudien, die in unterschiedlichen Frequenzen mit verschiedenen Fragestellungen, Methoden und Themenschwerpunkten erscheinen, einen erhöhten Bedarf an Orientierungswissen über Jugendliche in einer scheinbar unübersichtlicher werdenden Gesellschaft wider. Der ständige Wandel von Jugendkulturen und die erhöhte Schlagzahl von digitalen Kommunikationsinnovationen tragen maßgeblich zu diesem Eindruck der Unübersichtlichkeit bei. Verstärkt wird er mutmaßlich dadurch, dass die intergenerationellen Kontakte mit Jugendlichen in einer alternden Gesellschaft zwangsläufig abnehmen.

Drittens – und dies ist eine bewusst provokant vorgetragene Vermutung – zeigt die Vielzahl an Jugendstudien auch einen gesellschaftlichen Wunsch nach Veränderung an, insbesondere vor dem Hintergrund der scheinbaren „Festgefahrenheit“ in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Seit geraumer Zeit wird etwa darüber geklagt, dass die Aufstiegschancen für Jugendliche nach sozialer Herkunft ungleich verteilt sind und das Bildungssystem diese kaum auszugleichen vermag; dass Jugendliche, seien sie auch noch so politisch interessiert, sich von der Politik nicht ernst genommen fühlen; dass Jugendliche zwar angeben mögen, engagementbereit zu sein, es aber an konkretem und verbindlichem Einsatz auf Grundlage entsprechender Beteiligungsmöglichkeiten mangelt. Zugespißt formuliert: Man kann die Vielzahl von Jugendstudien in Deutschland auch als Hilferuf der Jugendlichen selbst werten, dass sich in vielen Belangen in der Gesellschaft etwas für sie ändern möge.

Gerade die Vielzahl und Vielfalt der Befragungen der Jugend verweisen darauf, dass es paradoxerweise trotz aller Unterschiede in den Einstellungen und Lebenslagen Jugendlicher scheinbar möglich ist, von einem Generationszusammenhang zu sprechen. Nur ist ein solcher Generationszusammenhang immer ein Zusammenhang *in* der Gesellschaft. Verschiedene Generationsein-

heiten fügen sich in je spezifischen Ausprägungen und in einer spezifischen Vielfalt zusammen. Ein Generationszusammenhang kann nur in seiner historisch spezifischen Einlagerung in der Gesellschaft verstanden werden, vereinfachende Pauschalbezeichnungen verbieten sich.

Gibt es trotzdem Eigenheiten, die eine Generation prägen? Es gibt sie, aber sie sind über die verschiedenen Generationseinheiten ungleich verteilt, was sich nicht zuletzt auch darin ausdrückt, dass etwa die soziale Herkunft in vielen Dingen prägend bleibt. Gerade die jüngste Shell Jugendstudie zeigt aber, dass es sich bei den Jugendlichen in Deutschland insgesamt und weiterhin um eine pragmatische Generation handelt. Das Vertrauen in die Gesellschaft und ihre Zukunft, in die Demokratie als Staatsform und das Leistungsversprechen der Gesellschaft bleibt hoch. Wie die Gesellschaft insgesamt hat diese pragmatische Generation zu vielen kontroversen Themen sehr unterschiedliche Meinungen. Sie eint jedoch in weiten Teilen vor allem der Wunsch, dass diese kontroversen Themen die Gesellschaft nicht auseinandertreiben.

MATHIAS ALBERT

ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bielefeld und seit 2002 einer der Leiter der Shell Jugendstudien.

WIE WÄHLEN JUNGE MENSCHEN?

Erkenntnisse aus den Bundestagswahlen 1972 bis 2025

Thorsten Faas

Wenn man verstehen möchte, welchen Einfluss eine soziale Gruppe auf Wahlen hat, lohnt ein Blick auf makrosoziologische Theorien des Wahlverhaltens, wie sie die politischen Soziologen Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan in die Politikwissenschaft eingeführt und damit eine lange, bis heute währende Tradition begründet haben.⁰¹ Um als soziale Gruppe (großen) Einfluss zu haben, sollte es sich demnach erstens um eine große Gruppe handeln, die zweitens an Wahltagen geschlossen agiert und die drittens ein langfristig stabiles Bündnis mit einer Partei eingeht. Diese Partei bildet dann den verlängerten Arm der Gruppe ins Parteien- und politische System hinein und kann dort die Interessen der Gruppenmitglieder artikulieren und durchsetzen.

Als Beispiel, das diesem Ideal sehr nahe kommt, wird häufig die Gruppe der Arbeiter:innen genannt: Arbeiter:innen waren lange Zeit eine große gesellschaftliche Gruppe, die an Wahltagen in recht homogener Weise die SPD unterstützte, die sich wiederum politisch für die Belange der Arbeiter:innen eingesetzt hat. Das Beispiel zeigt allerdings auch, dass sich Dinge ändern können: Die Zahl der Arbeiter:innen ist im Zeitverlauf deutlich kleiner geworden. Die SPD hat daraufhin ihr Profil verbreitert und sich zu einer „Arbeiternehmerpartei“ erklärt. Zugleich ist zu beobachten, dass sich Arbeiter:innen auch anderen Parteien jenseits der SPD zuwenden und die Geschlossenheit des Wahlverhaltens der Gruppe nachgelassen hat.

Im Folgenden stehen nun weder die Arbeiter:innen noch die SPD im Fokus des Interesses, sondern junge Menschen seit der Bundestagswahl 1972. Gleichwohl ist die gerade skizzierte Logik nützlich, um den (potenziellen) Einfluss junger Menschen auf Wahlen zu analysieren. Wir wollen also die (relative) Größe der Gruppe, ihre Präferenzen für einzelne Parteien und darüber vermittelt die Stabilität und Geschlossenheit ihres Wahlverhaltens betrachten.

Dabei lässt sich gleich die erste Frage nach der (relativen) Größe der Gruppe junger Menschen an Wahltagen wiederum dreiteilen. Erstens: Wie viele junge Menschen gibt es in einer Gesellschaft relativ zu anderen, älteren Gruppen? Zweitens: Wie viele davon sind wahlberechtigt? Und drittens: Wie viele machen von ihrem Wahlrecht tatsächlich Gebrauch? Erst aus der Kombination dieser drei Aspekte ergibt sich die größtmögliche Relevanz der Gruppe an einem Wahltag. Bei der Bundestagswahl 1972 lag die Altersgrenze für das aktive Wahlrecht erstmals bei 18 (statt wie zuvor bei 21) Jahren. Somit stellen sich keine Fragen variierender Wahlberechtigung für den hier betrachteten Zeitraum.

Nach dem Größenaspekt wollen wir im zweiten Schritt betrachten, welchen Parteien junge Menschen ihre Stimme bei den Bundestagswahlen seit 1972 jeweils gegeben haben, um darauf aufbauend danach zu fragen, wie geschlossen die Gruppe junger Wähler:innen bei Wahlen agiert. Inwiefern ist die heutige Rede von der Volatilität ihres Wahlverhaltens in längerer Perspektive gerechtfertigt? Und welche bedeutenden Unterschiede gibt es innerhalb der Gruppe – gerade auch hinsichtlich der Wahlbeteiligung und der Parteiwahl zwischen den Geschlechtern?

Datengrundlage dieses Beitrags ist die „repräsentative Wahlstatistik“, die die Bundeswahlleitung regelmäßig erhebt – allerdings mit einer bedauerlichen Lücke für die Bundestagswahlen 1994 und 1998.⁰² Dafür wird aus allen Urnen- und Briefwahlstimmbezirken eine Stichprobe gezogen; in den ausgewählten Bezirken werden dann die Stimmzettel so markiert, dass das Geschlecht sowie die Altersgruppe einer Wähler:in auf dem Stimmzettel vermerkt sind – all das natürlich unter Wahrung des Prinzips der geheimen Wahl. Da hier sowohl Wahlbeteiligung als auch Parteiwahl im Zeitverlauf in den Blick genommen werden, wurden für die Analysen auf der Basis der vorhandenen Daten letztlich fünf einheitli-

che Altersklassen gebildet: 18 bis 24 Jahre, 25 bis 34 Jahre, 35 bis 44 Jahre, 45 bis 59 Jahre sowie 60 Jahre und älter.

Für diese fünf Gruppen liegen jeweils der Anteil an den Wahlberechtigten insgesamt, die Wahlbeteiligung sowie die gewählten Parteien (über Zweitstimmenanteile) für die Gruppe insgesamt, aber auch getrennt nach Geschlecht vor.⁰³ Was Parteien betrifft, werden für die Wahlen 1972 und 1976 CDU/CSU, SPD, FDP sowie sonstige Parteien ausgewiesen; mit der Bundestagswahl 1980 kamen die Grünen als neue Partei hinzu, mit der Wahl 1990 die PDS, aus der später die Linke wurde (und die hier gemeinsam betrachtet werden als PDS/Linke). Gegenüber dem Datensatz, den die Bundeswahlleiterin zur Verfügung stellt, wurden bei der Wahl 1990 auch die Stimmen für Bündnis 90 ergänzt und zum Anteil der Grünen addiert sowie der Anteil sonstiger Parteien entsprechend korrigiert.⁰⁴ 2013 kam die AfD hinzu; bei der Wahl 2025 das BSW. Für CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne (1990 einschließlich Bündnis 90), Linke, AfD und BSW gilt somit: Sobald sie im hier betrachteten Zeitraum bei einer Bundestagswahl antraten, werden sie auch separat ausgewiesen; alle anderen Parteien werden unter „Sonstige“ subsumiert. An Stellen, an denen längsschnittliche Entwicklungen und Veränderungen im Fokus stehen, zählt 2025 auch das BSW zu den „Sonstigen“ dazu, da sich für das BSW mit seinem erst einmaligen Antreten bislang keine Veränderungen berechnen lassen.

Unser Fokus liegt über die verschiedenen Wahlen seit 1972 hinweg auf der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen, gegebenenfalls getrennt nach jungen Männern und jungen Frauen. Um die Ergebnisse für diese Gruppe besser einordnen zu können, werden wir sie an verschiedenen Stel-

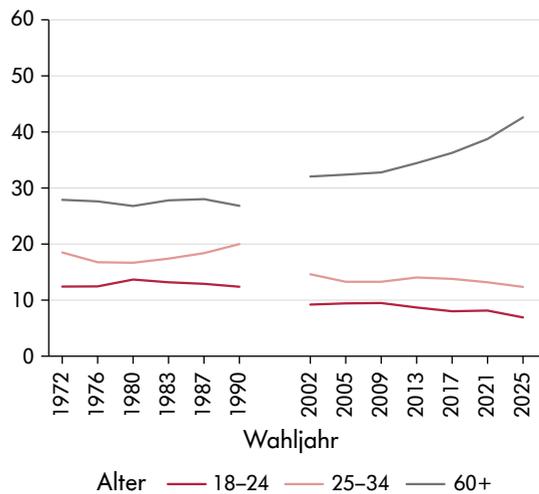
01 Vgl. Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction*, in: dies. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York 1967, S. 1–64.

02 Die Grundlage der Analysen bilden Datenreihen seit 1953, siehe dazu www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse/repraesentative-wahlstatistik.html.

03 Seit 2021 wird das Geschlecht nicht mehr binär erfasst; sowohl diverse Personen als auch Personen ohne Geschlechtseintrag werden vonseiten der Bundeswahlleitung der Gruppe der Männer zugeordnet.

04 Dies war auch insofern nötig, als die Werte für 1990 an einigen Stellen Fehler aufwiesen, die über bloße Rundungsfehler hinausgingen.

Abbildung 1: Anteil verschiedener Altersgruppen an der Wählerschaft, in Prozent



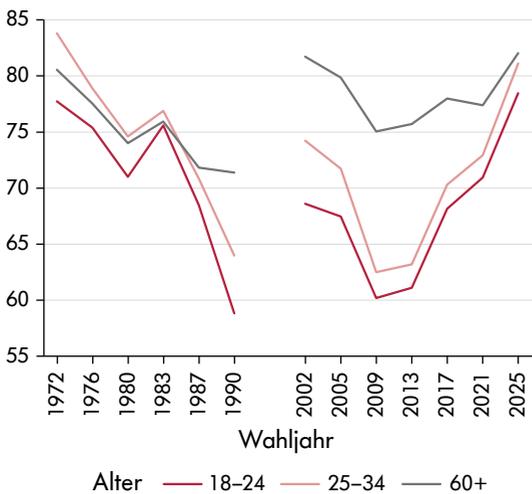
Quelle: Bundeswahlleiterin

len mit der nächstälteren Gruppe (also den 25- bis 34-Jährigen) sowie der Gruppe der Menschen ab 60 Jahren (60+) vergleichen. Diese auf Altersgruppen fokussierte Analyselogik hat eine wichtige Implikation: Wer zur Gruppe der 18- bis 24-Jährigen gehört, ändert sich von Wahl zu Wahl. Die Menschen wandern im Zeitverlauf mit ihrem eigenen Älterwerden von einer Altersgruppe zur nächsten. Eine generationale Betrachtung einzelner Geburtsjahrgänge über die Zeit hinweg bleibt hier aber unberücksichtigt – uns interessiert nur das Alter (und vor allem das „Jungsein“) zum jeweiligen Betrachtungszeitpunkt.

ANTEIL JUNGER WAHLBERECHTIGTER

Im ersten Schritt rückt damit die Frage in den Fokus, wie sich die Zusammensetzung der Wählerschaft in den zurückliegenden Jahrzehnten verändert hat und was das vor allem für den entsprechenden Anteil junger Menschen bedeutet. *Abbildung 1* zeigt, wie sich der Anteil der 18- bis 24-Jährigen, der 25- bis 34-Jährigen sowie der Wahlberechtigten 60+ entwickelt hat. Der demografische Wandel der Gesellschaft wird dort unmittelbar erkennbar: Noch bei der Bundestagswahl 1990 waren weniger als 30 Prozent der Wahlberechtigten 60 Jahre und älter; bei der jüngsten Bundestagswahl im Februar 2025 lag dieser Anteil dagegen erstmals bei über 40 Pro-

Abbildung 2: Wahlbeteiligung verschiedener Altersgruppen, in Prozent



Quelle: Bundeswahlleiterin

zent – und dies bei deutlich steigender Tendenz gerade in der jüngeren Vergangenheit.

Spiegelbildlich stellen sich die Entwicklungen der jüngeren Wähler:innengruppe dar. Noch 1990 lag der Anteil der 25- bis 34-Jährigen bei rund 20 Prozent, der Anteil der 18- bis 24-Jährigen stabil bei über 10 Prozent. Gemeinsam machten sie somit rund ein Drittel der Wahlberechtigten aus. Diese Zeiten sind allerdings passé. Beide Kurven zeigen deutlich nach unten. Seit 2002 gilt: Nicht einmal mehr jeder zehnte Wahlberechtigte ist unter 25 Jahre alt; 2025 waren es rund sieben Prozent. Der gemeinsame Anteil der 18- bis 34-Jährigen lag 2025 erstmals unter 20 Prozent.

Schon dieser erste Analyseschritt zeigt somit: Die Gruppe junger Menschen hat – rein größenmäßig betrachtet – in den zurückliegenden fünf Jahrzehnten deutlich an Bedeutung verloren. Die Wählerschaft wird immer älter, und in der Folge werden auch Wahlen weniger von den jüngsten Wähler:innen, sondern eher von anderen geprägt und entschieden.

WAHLBETEILIGUNG

Um den tatsächlichen Einfluss verschiedener Wähler:innengruppen an Wahltagen einordnen zu können, kommt es aber nicht nur auf die Gruppengrößen an, sondern auch auf ihre Wahlbeteiligung. Und damit verschärft sich das gerade gesehene Muster nochmals, wie *Abbildung 2*

zeigt. Bei allen Bundestagswahlen seit 1972 lag die Wahlbeteiligung in der Gruppe der 18- bis 24-jährigen Wahlberechtigten sowohl unter jener der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen als auch jener der Gruppe 60+.

Gerade bei Wahlen mit insgesamt niedriger Wahlbeteiligung ist die Lücke zwischen den dargestellten Wahlbeteiligungsraten verschiedener Altersgruppen besonders groß. So liegt die Wahlbeteiligungslücke zwischen der jüngsten und der ältesten Gruppe bei den Wahlen 1990, 2002, 2005, 2009 und 2013 bei über zehn Prozentpunkten. In der jüngeren Vergangenheit schließt sich diese Lücke sukzessive wieder – mit dem Effekt, dass der Abstand zwischen Jung und Alt für die Bundestagswahl 2025 wieder deutlich kleiner ausfällt, ohne allerdings gänzlich zu verschwinden.

Insgesamt verschärft sich durch die zusätzliche Berücksichtigung der Wahlbeteiligung der Größeneffekt, den wir bereits bei alleiniger Betrachtung der Anteile der einzelnen Altersgruppen an allen Wahlberechtigten konstatiert hatten. Die Wahltagsrelevanz der Jüngsten nimmt weiter ab.

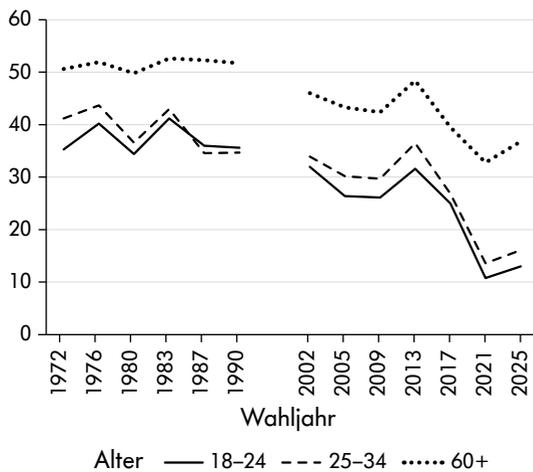
Bezüglich der Wahlbeteiligung lassen sich auch mögliche Geschlechterunterschiede in den Blick nehmen. Bemerkenswert sind dabei weniger die Größenordnungen der Unterschiede bei den betrachteten Wahlen, die alles in allem eher moderat bleiben, sondern vielmehr die Tatsache, dass sich die Richtung des Unterschieds im Zeitverlauf umdreht: Waren noch in den 1980er Jahren junge Männer wahlfreudiger als junge Frauen, gilt seit der Wahl 2017: Junge Frauen wählen häufiger als junge Männer. Für die Wahl 2025 liegen die entsprechenden Werte bei 80 Prozent (18- bis 24-jährige Frauen) gegenüber 77 Prozent (18- bis 24-jährige Männer).

PARTEIWAHL

Im nächsten Schritt wollen wir uns der Frage zuwenden, für welche Parteien junge Menschen stimmen. Stehen junge Menschen fester und stabiler an der Seite bestimmter Parteien als andere Altersgruppen, oder ist das gerade nicht der Fall? Sehen wir im Zeitverlauf bestimmte Trends oder eher punktuelle Hin- und Abwendungen von Wahl zu Wahl?

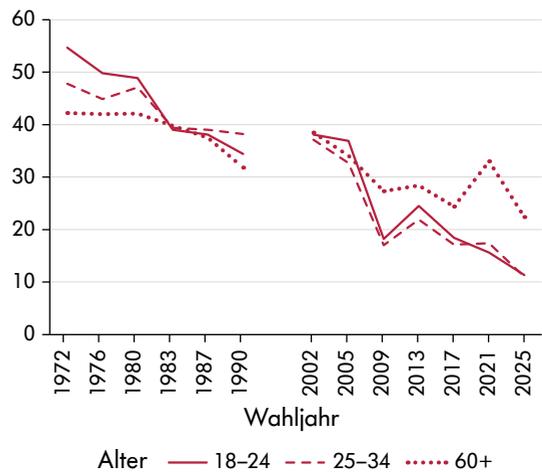
Ehe wir in die Diskussion der Ergebnisse einsteigen, ist an dieser Stelle eine „Vorwarnung“ nötig. Die Antworten auf diese Fragen

Abbildung 3: Zweitstimmenanteile CDU/CSU in verschiedenen Altersgruppen, in Prozent



Quelle: Bundeswahlleiterin

Abbildung 4: Zweitstimmenanteile SPD in verschiedenen Altersgruppen, in Prozent



Quelle: Bundeswahlleiterin

hängen mitunter sehr von der gewählten Perspektive ab. Möglich ist etwa, dass eine Partei in der Gruppe älterer Menschen einen deutlich höheren Stimmenanteil erhält als in der Gruppe jüngerer Menschen. Heißt das, dass junge Menschen sich also von dieser Partei abgewendet haben? Vorsicht mit einer solchen Schlussfolgerung, denn es könnte zugleich der Fall sein, dass diese Partei von jungen Menschen mehr Stimmen bekommt als jede andere Partei. Nehmen wir etwa die Bundestagswahl 2013: Die Union hat damals von den 18- bis 24-Jährigen 31,6 Prozent der Zweitstimmen erhalten. Das war im Vergleich zu allen anderen Altersgruppen der niedrigste Unions-Anteil (zum Vergleich: In der Gruppe 60+ waren es 48,4 Prozent). Zugleich aber waren 31,6 Prozent der höchste Anteil einer einzelnen Partei in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen. Auf Platz 2 lag bei den 18- bis 24-Jährigen die SPD mit 24,5 Prozent – über sieben Prozentpunkte weniger als die Union. Die Union war also bei jungen Menschen die beliebteste Partei, und doch war sie in jeder anderen Altersgruppe noch beliebter als bei den Jüngsten.

Das im Kopf behaltend, betrachten wir zunächst für jede Partei deren Rückhalt in verschiedenen Altersgruppen, ehe wir anschließend simultan das Abschneiden aller Parteien innerhalb der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen in den Blick nehmen.

CDU/CSU

Im Vergleich des Wahlverhaltens verschiedener Altersgruppen steht mit CDU/CSU ein recht einfacher Fall am Anfang dieser Betrachtung. Die Union ist nämlich bei keiner Bundestagswahl seit 1972 eine Partei gewesen, die bei jungen Wähler:innen einen besonders starken Rückhalt im Vergleich zu älteren Altersgruppen hatte – im Gegenteil. In den zurückliegenden 50 Jahren hat die Union ohne Zweifel Höhen und Tiefen erlebt (*Abbildung 3*). Zugleich wird aus dem Vergleich der drei dargestellten Altersgruppen erkennbar, dass sich für diese Gruppen recht gleichförmige Bewegungen im Zeitverlauf ergeben, aber auf sehr unterschiedlichen Niveaus: Den stärksten Rückhalt hat die Union stets bei den Ältesten, den geringsten bei den Jüngsten. Zudem wurde die Lücke zu den Älteren im Zeitverlauf größer: Der Abstand zur Gruppe 60+ lag 2021 bei 22 und 2025 sogar bei annähernd 24 Prozentpunkten.

Die Union war und ist keine Partei der Jungen – und doch ist gerade bei ihr Vorsicht geboten: Denn trotz dieser Tatsache war bei den Bundestagswahlen 1983, 1990, 2009, 2013 und 2017 keine andere Partei bei den 18- bis 24-Jährigen so stark wie sie. Die Erklärung dafür liegt darin, dass sich die Stimmen der jüngsten Wähler:innen insgesamt deutlich anders verteilen als in älteren Gruppen, was wir unten nochmals genauer sehen werden.

SPD

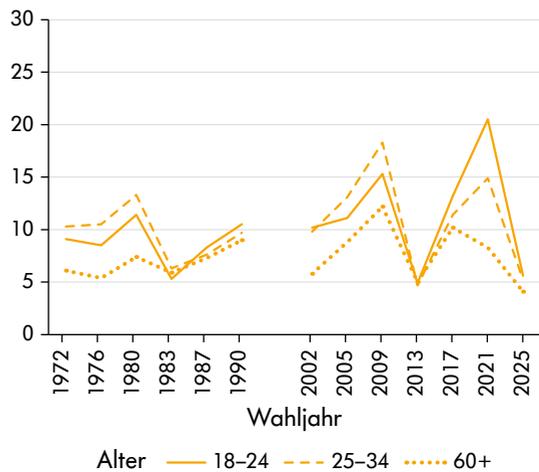
Anders stellt sich das Bild für die SPD dar. Der höchste in *Abbildung 4* ausgewiesene SPD-Stimmenanteil findet sich für die jüngste Wähler:innengruppe bei der Bundestagswahl 1972: 54,7 Prozent. Das waren damals für die SPD sieben Prozentpunkte mehr als in der nächstälteren und sogar 12,5 Prozentpunkte mehr als in der Gruppe 60+. Dieses Muster findet sich auch bei den Wahlen 1976 und 1980. Erst mit dem Regierungswechsel 1982 (und dem Aufkommen der Grünen, siehe dazu unten) ändert sich dieses Muster. Zwischen 1983 und 2005 finden wir insgesamt nur geringe Altersunterschiede für die Stimmenanteile der SPD.

Ein neues Bild zeigt sich ab der Bundestagswahl 2005; die SPD kommt seitdem immer weniger gut bei jüngeren Wähler:innen an. Schon 2009 tut sich erstmals eine entsprechende Lücke auf. Auch wenn es 2013 aus Sicht der SPD gelingt, diese wieder ein Stück weit zu schließen, so setzt danach eine weitere Erosion der Unterstützung der SPD bei jungen Wähler:innen ein. Dies schließt auch den Wahlsieg 2021 ein, der nicht auf ein Revival bei jungen Wähler:innen zurückzuführen ist. In langer Sicht jedenfalls sind von 1972 bis 2025 aus 12,5 Prozentpunkten Vorsprung bei den Jüngsten gegenüber den Ältesten elf Prozentpunkte Rückstand geworden.

FDP

Bislang haben wir eine stabil distanzierte Beziehung junger Menschen zur Union gesehen, bei der SPD einen Entfremdungsprozess. Bei der FDP sehen wir dagegen eher ein „On and Off“, wie *Abbildung 5* zeigt. Insgesamt zeigen sich bei den Liberalen starke Schwankungen von Wahl zu Wahl, gerade auch bei Menschen unter 35. Traditionell ist der FDP-Rückhalt bei Menschen zwischen 25 und 34 stärker als bei den jüngsten Wähler:innen; in beiden Gruppen ist der Rückhalt aber höher als bei den Wähler:innen 60+. Für die Wahlen seit 2002 stechen zwei Dinge hervor: erstens die jeweils dramatischen Einbrüche bei den Wahlen 2013 und 2025, also nach den jeweiligen Regierungsbeteiligungen; zweitens das mit 20,5 Prozent für FDP-Verhältnisse extrem gute Abschneiden bei den 18- bis 24-jährigen Wähler:innen (und wie wir unten sehen werden: insbesondere Wählern) bei der Wahl 2021. Von diesem jugendlichen Boost bleibt aber 2025 nichts übrig; die Alters-

Abbildung 5: Zweitstimmenanteile FDP in verschiedenen Altersgruppen, in Prozent

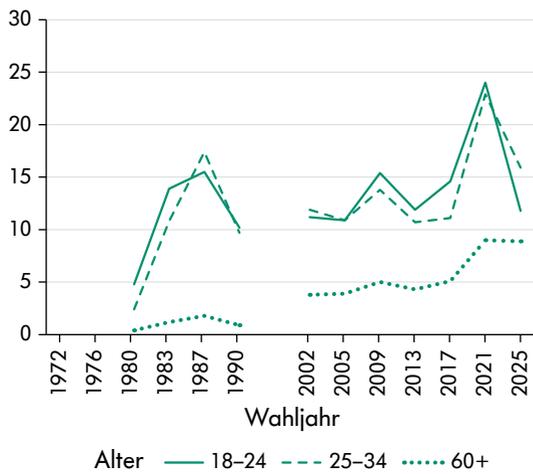


Quelle: Bundeswahlleiterin

unterschiede sind 2025 praktisch komplett verschwunden.

Am Beispiel der FDP bei der Bundestagswahl 2021 lässt sich ein strategisches Dilemma illustrieren, das sich aus der gemeinsamen Betrachtung von Stimmenanteilen und den Größenverhältnissen verschiedener Altersgruppen zueinander ergibt. Die Stimmenanteile der FDP bei der Wahl 2021 in den fünf hier betrachteten Altersgruppen lagen bei 20,5 (18–24), 14,9 (25–34), 12,4 (35–44), 11,3 (45–59) sowie 8,3 Prozent (60+). Man könnte somit denken, die FDP-Wählerschaft habe 2021 vor allem aus jungen Menschen bestanden. Dem ist aber nicht so, weil die jüngeren Altersgruppen im Größenvergleich relativ klein sind. Schaut man sich die Zusammensetzung der FDP-Wähler:innen bei der Wahl 2021 nach ihrem Alter an, so findet man stattdessen: 13,5 Prozent aller FDP-Wähler:innen waren zwischen 18 und 24 Jahre alt, 16,4 Prozent zwischen 25 und 34. Zusammengefasst waren somit nur 29,9 Prozent der FDP-Wähler:innen unter 35 Jahre alt. Zwischen 35 und 59 Jahre alt waren 41,6 Prozent, und 60+ waren 28,5 Prozent. Im Lichte dessen wird deutlich: Eine Partei, die in der Gruppe junger Menschen sehr gut abschneidet, kann schon aus Eigeninteresse nicht nur Politik für diese jungen Menschen machen, weil diese Gruppe zu wenig zum Gesamterfolg einer Partei beiträgt.

Abbildung 6: Zweitstimmenanteile Grüne in verschiedenen Altersgruppen, in Prozent



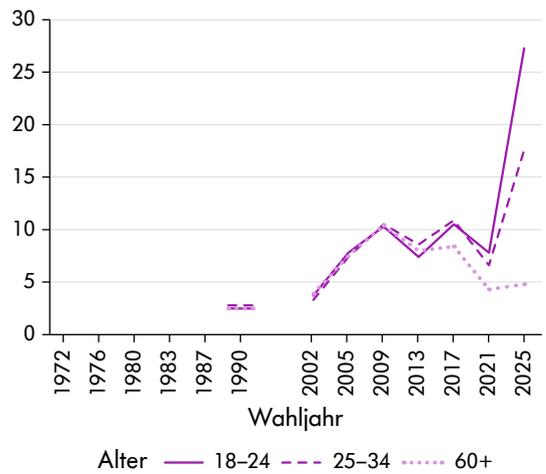
Die Werte für 1990 umfassen auch die Stimmen für Bündnis 90 in Ostdeutschland.

Quelle: Bundeswahlleiterin

Grüne

Wiederum anders stellt sich das Bild für die Grünen dar. Über lange Zeit hinweg sehen wir ein zur Union spiegelbildliches Muster. Der Rückhalt der Grünen ist nämlich bei Wähler:innen 60+ sehr gering, wohingegen die Partei bei den jüngsten Wähler:innen auf deutlich stärkeren Rückhalt zählen kann (Abbildung 6). Die Lücke zwischen den Stimmenanteilen bei den Jüngsten im Vergleich zu den Ältesten schwankt dabei von 1980 bis 2021 zwischen 4,4 und 15 Prozentpunkten. Das ist durchaus bemerkenswert, da es sich bei jeder neuen Wahl auch immer um neue „jüngste“ Wähler:innen handelt – und die Grünen diese trotzdem immer wieder aufs Neue überzeugen können. Auch im Vergleich zur Gruppe der 25- bis 34-Jährigen liegen die Werte bei den Jüngsten zumeist (etwas) höher, wobei sich letztlich für beide Gruppen (18–24, 25–34) im Zeitverlauf sehr ähnliche Muster zeigen. Ihren Rekordwert in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen erreichen die Grünen bei der Wahl 2021 mit 24 Prozent. 2021 sind sie bei den jüngsten Wähler:innen damit auch die stärkste politische Kraft im Vergleich zu allen anderen Parteien. Zwischen 2021 und 2025 aber stürzen die Grünen bei den Jüngsten ab: Ihr Ergebnis halbiert sich von 24 auf 12 Prozent. Dieses Abschmelzen führt auch dazu, dass sich für die Wahl 2025 nur noch geringe Altersunterschiede finden.

Abbildung 7: Zweitstimmenanteile PDS/Linke in verschiedenen Altersgruppen, in Prozent

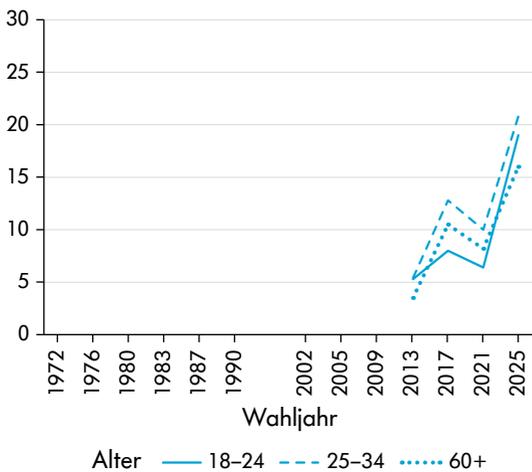


Quelle: Bundeswahlleiterin

PDS/Linke

Die Linke hat genau davon 2025 immens profitiert und extrem stark bei den jüngsten Wähler:innen abgeschnitten (Abbildung 7). Das ist durchaus bemerkenswert, weil sich für die Wahlen von 1990 bis 2013 kaum Unterschiede hinsichtlich des Rückhalts der Linken in den verschiedenen Altersgruppen ausmachen lassen. Mit den Wahlen 2017 und 2021 deutet sich das Erstarken der Linken gerade bei den jüngsten Altersgruppen zwar schon an, 2025 aber nimmt sie in einem bis dato nicht gekannten Maße zu und schießt in der jüngsten Altersgruppe von 7,8 auf 27,3 Prozent nach oben. Im Ergebnis resultieren für die Wahl 2025 somit große Abstände zwischen den jungs-

Abbildung 8: Zweitstimmenanteile AfD in verschiedenen Altersgruppen, in Prozent



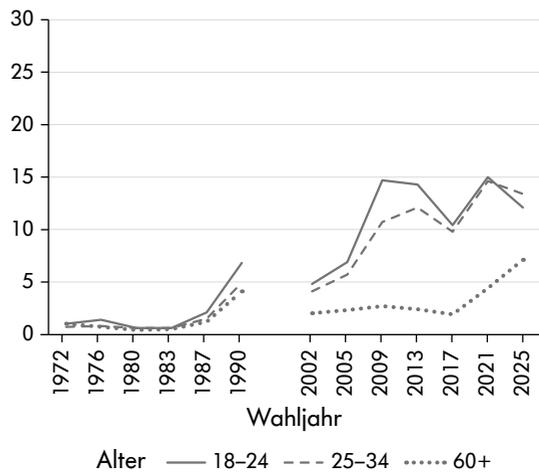
Quelle: Bundeswahlleiterin

ten und den anderen Wähler:innengruppen. 2025 ist die Linke in der Gruppe der 18- bis 24-jährigen Wähler:innen auch klar die stärkste Partei insgesamt.

AfD

Viel ist in der jüngeren Vergangenheit zum Zusammenhang zwischen Alter und AfD-Wahl öffentlich diskutiert worden – oft mit dem Unterton, vor allem junge Menschen seien für den Aufstieg der AfD verantwortlich. Schon im Lichte der hier eingangs diskutierten Größenverhältnisse verschiedener Altersgruppen zueinander ergeben solche Argumente allerdings nur bedingt Sinn. Gleichwohl zeigt *Abbildung 8*, dass der Rückhalt der AfD *auch* bei jungen Wähler:innen in der jüngeren Vergangenheit zugenommen hat. Lagen die jeweiligen Stimmenanteile in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen bei den Wahlen 2017 und 2021 noch niedriger als in der Gruppe 60+ und erst recht als in der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen, so hat die AfD 2025 auch bei den Jüngsten deutlich an Rückhalt gewonnen. Anders als noch 2017 und 2021 schneidet die AfD bei den Jüngsten besser ab als bei den Ältesten. Was die Grafik allerdings nicht zeigt, ist der am stärksten ausgeprägte Rückhalt der AfD in den Altersgruppen von 35 bis 44 sowie von 45 bis 59 Jahren. Nicht unerwähnt bleiben darf, dass die AfD in der Gruppe junger Männer 2025 die stärkste politi-

Abbildung 9: Zweitstimmenanteile sonstiger Parteien in verschiedenen Altersgruppen, in Prozent



Die Werte 2025 umfassen auch die Stimmen für das BSW.

Quelle: Bundeswahlleiterin

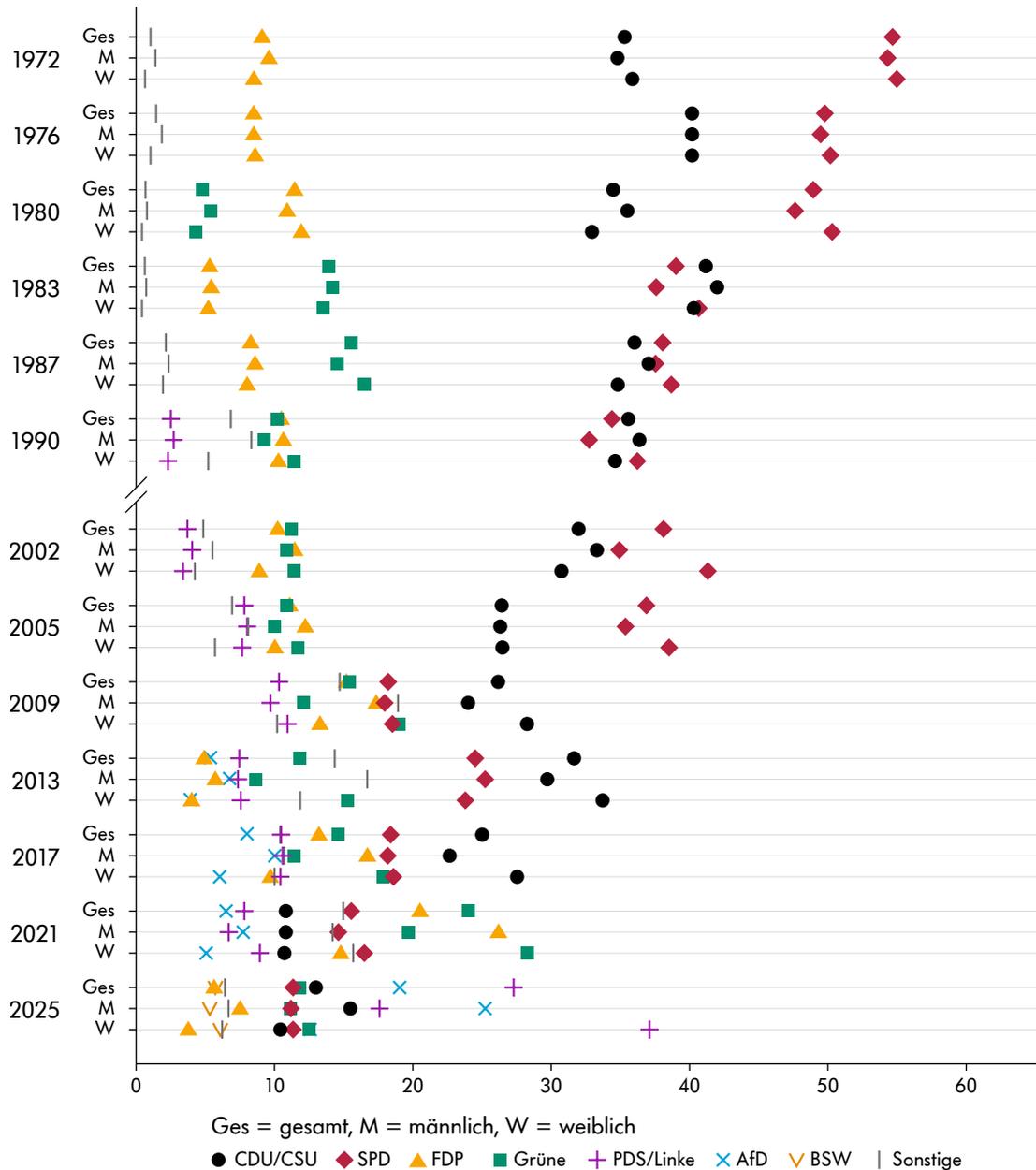
sche Kraft insgesamt war und dort mehr Stimmen holte als jede andere Partei.

Sonstige Parteien

Sonstige Parteien spielen in der Analyse und Diskussion rund um Wahlen häufig nur eine Nebenrolle. Wenn es um das Wahlverhalten junger Menschen geht, sollte das aber nicht der Fall sein. Ein Blick auf *Abbildung 9* zeigt nämlich einen zunehmend deutlicher zutage tretenden Trend bei jungen Menschen, ihre Stimmen (auch) sonstigen Parteien – und das sind alle Parteien, die hier bislang nicht diskutiert wurden – zu geben. Der Beginn dieser Entwicklung reicht bis in die späten 1980er Jahre zurück und ist zumeist vor allem bei den jüngsten Wähler:innen zu beobachten, mit Abstrichen auch bei der nächst älteren Gruppe. Die resultierenden Stimmenanteile erreichen dabei mitunter Größenordnungen von bis zu 15 Prozent. Gerade der Unterschied zur Altersgruppe 60+ ist dabei über längere Zeiträume hinweg bemerkenswert groß, was vor allem daran liegt, dass ältere Wähler:innen noch bis zur Wahl 2017 praktisch keine sonstigen Parteien gewählt haben. Das ändert sich erst bei den jüngsten Wahlen, weswegen dort auch die Lücke zwischen Jung und Alt wieder etwas kleiner ausfällt.

Wirft man schließlich für die Bundestagswahl 2025 einen Blick speziell auf das BSW, so finden wir einen BSW-Stimmenanteil von jeweils 5,7 Prozent in der Gruppe der 18- bis 24-jähri-

Abbildung 10: Zweitstimmenanteile bei 18- bis 24-Jährigen insgesamt und nach Geschlecht, in Prozent



Quelle: Bundeswahlleiterin

gen sowie der 25- bis 34-Jährigen, während er mit 4,4 Prozent in der Gruppe 60+ geringer ausfällt.

HOHE VOLATILITÄT UND ZERSPLITTERUNG

In der bisherigen Betrachtung haben wir sehr unterschiedliche Beziehungen junger Menschen zu

den einzelnen Parteien gesehen, zugleich auch bemerkenswerte Verschiebungen im Zeitverlauf. Gerade in der jüngeren Vergangenheit hat sich vor allem gezeigt, dass sich die jüngste Wählerinnengruppe sehr rasch und deutlich von Regierungsparteien abgewandt und offen für Neues gezeigt hat. Der vereinzelte Blick auf Parteien hat allerdings den Nachteil, dass sich eine Ge-

samtschau auf das Verhältnis junger Menschen zum Parteiensystem insgesamt bestenfalls implizit ergibt. Diese Gesamtschau wollen wir nun im letzten Analyseschritt leisten, einschließlich einer Betrachtung möglicher Geschlechterunterschiede.

In *Abbildung 10* wird deutlich, dass sich aus einem noch recht sortierten Feld in den 1970er Jahren etwas sehr Unübersichtliches entwickelt hat. Zugleich bilden sich auch Geschlechterunterschiede erst im Laufe der Zeit deutlich heraus, die zunächst ebenfalls nicht zu beobachten waren.

Die Ausgangslage ist dabei klar: In den 1970er Jahren ist die SPD die mit Abstand stärkste Kraft und gewinnt 1972 über 50 Prozent der Zweitstimmen in der jüngsten Wähler:innengruppe. So bemerkenswert diese absolute Mehrheit für die SPD ist: Selbst zu diesem Zeitpunkt steht „nur“ rund die Hälfte junger Menschen hinter einer einzigen Partei, während die andere Hälfte sich auf Union, FDP und sonstige Parteien verteilt. Selbst für die Wahl 1972, die die klarste Dominanz einer einzelnen Partei in der Gruppe junger Wähler:innen markiert, gibt es nicht *das* Wahlverhalten *der* jungen Menschen. Vielmehr erweisen sich junge Menschen als sehr heterogene Gruppe, die ihre Stimmen über das gesamte Parteiensystem hinweg verteilt.

Dies gilt umso mehr mit den einsetzenden Veränderungen, die sich seitdem ergeben haben. Die ersten bemerkenswerten Verschiebungen zeigen sich rund um die Bundestagswahl 1983. Die SPD fällt bei den jüngsten Wähler:innen hinter die Union zurück; zugleich erreichen die Grünen erstmals zweistellige Werte in dieser Gruppe – zwei unmittelbar miteinander verwobene Entwicklungen. In der Folgezeit wechseln sich Union und SPD als stärkste Kraft in der jüngsten Wähler:innengruppe ab; mal liegt die SPD vorn (1987, 2002, 2005), mal die Union (1990, 2009, 2013, 2017), wobei sich mitunter nochmals Unterschiede zwischen Männern und Frauen ergeben. Wahlsiege der jeweiligen Partei insgesamt schlagen dabei offenkundig gerade in der jüngsten Wähler:innengruppe durch – erneut ein Zeichen für stärkere situative Einflüsse auf diese Gruppe.

Gleichzeitig zeigt die Abbildung auch sehr eindrücklich den nachlassenden Rückhalt beider Volksparteien in der Gruppe der jüngsten Wähler:innen. Ihr gemeinsamer Anteil illustriert

dies sehr deutlich: 90 Prozent bei der Wahl 1972, 70 Prozent bei der Wahl 1990, keine 25 Prozent mehr bei der Wahl 2025. Seit 2021 sind auch jeweils andere Parteien jenseits von Union und SPD die stärksten Kräfte in der jüngsten Wähler:innengruppe.

Von der Schwäche der Volksparteien profitieren andere Parteien, wenn auch nicht unbedingt in einer immer gleichen Weise. Die hohen Werte der Grünen 1987 konnte die Partei in der Folge lange Zeit nicht wieder erreichen; auch für FDP, Linke und AfD zeigen sich Höhen und Tiefen. Klare, stabile Muster zeigen sich jedenfalls nicht, was sich auch darin manifestiert, dass 2021 die Grünen auf Platz 1 bei den Jüngsten lagen, gefolgt von der FDP, 2025 dagegen die Linke gefolgt von der AfD. Dass sich junge Menschen gemeinsam als homogene Gruppe hinter einer immer gleichen Partei versammeln, galt schon 1972 nicht. Aber heutzutage gilt es noch viel weniger. Sie versammeln sich hinter sehr vielen Parteien, und das noch dazu von Wahl zu Wahl in anderer Art und Weise. Das kann man gut finden, weil junge Menschen offenkundig auf situative Anreize reagieren und sich entsprechend von bestimmten Parteien (vor allem Regierungsparteien) ab- und anderen Parteien zuwenden. Für die Vertretung der Interessen junger Menschen ist es aber ein großes Problem. Die Gruppe junger Wähler:innen ist ohnehin nicht sehr groß, wie wir eingangs gesehen haben; noch dazu ist sie sehr flüchtig – welche Partei sollte also gezielt für ihre Interesse kämpfen?

Die wachsende Heterogenität im Wahlverhalten junger Menschen zeigt sich auch, wenn man Geschlechterunterschiede in den Blick nimmt. Solche Unterschiede gab es bis 1990 praktisch nicht. Seitdem aber nehmen sie deutlich zu. Zu Zeiten Gerhard Schröders standen junge Frauen eher hinter der SPD als junge Männer, zu Zeiten Angela Merkels war es ähnlich bei der Union: Gerade junge Frauen unterstützen die Merkel-CDU mehr als junge Männer. Auch für die Grünen bildet sich sukzessive das Muster heraus, dass sie von jungen Frauen stärker unterstützt werden als von jungen Männern. Spiegelbildlich verhält es sich bei der FDP. Letzteres kulminiert bei der Wahl 2021 darin, dass die Liberalen bei jungen Männern die mit Abstand meisten Stimmen erhalten, während die Grünen bei jungen Frauen klar auf Platz 1 liegen. Als nachhaltig hat sich aber auch dieses Muster nicht

erwiesen. 2025 lag die AfD bei jungen Männern recht klar auf Platz 1, gefolgt von der Linken und der Union.

Bemerkenswert ist das Muster 2025 für junge Frauen: Die Linke erzielt hier 37 Prozent der Stimmen und liegt damit rund 25 Prozentpunkte vor AfD, Grünen, SPD und Union, die alle zwischen zehn und zwölf Prozent erreichen. So dominant wie die Linke bei den jungen Frauen im Jahr 2025 war lange keine Partei mehr in der Gruppe der Jüngsten. Vieles ist in dieser Gruppe möglich – auch dass eine Partei bei einer Wahl so stark wird.

FAZIT UND AUSBLICK

Die Wahltagsrelevanz junger Menschen war schon 1972 nicht sehr hoch und ist seitdem nochmals deutlich geringer geworden. Die Gruppe junger Wähler:innen ist im betrachteten Zeitraum deutlich kleiner geworden. Auch ihre Wahlbetei-

ligungsraten sind durchweg geringer als in älteren Wähler:innengruppen. Schließlich erweist sich das Wahlverhalten junger Menschen auch als zunehmend flüchtig und volatil. Wenn sich aber junge Menschen bei jeder Wahl anderen Parteien zuwenden, macht das die Vertretung ihrer Interessen immer schwieriger. Eine Abwärtsspirale droht. Diese könnte man als wenig relevant abtun, handelt es sich doch nur um eine kleine Gruppe. Aber zugleich bilden sich hier bei den Jüngsten Muster im Wahlverhalten aus, die noch über Jahrzehnte Wahlen in Deutschland beeinflussen werden. Man kann daher nur an die Parteien appellieren, diese Gruppe nicht aus dem Blick zu verlieren, auch wenn das kurzfristige parteistrategische Interesse an dieser Gruppe immer kleiner wird.

THORSTEN FAAS

ist Professor für Politische Soziologie der Bundesrepublik Deutschland am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.



euro|topics

30 Länder – 300 Medien – 1 Presseschau

Die euro|topics-Presseschau: Der tägliche Blick in europäische Kommentare aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur – in drei Sprachen.

www.eurotopics.net

ESSAY

ZUM STELLENWERT VON KINDERN UND JUGENDLICHEN IN DER POLITIK

Eine kinderethische Analyse

Christoph Schickhardt

Dass Kinder und Jugendliche während der Coronapandemie in der deutschen Politik nicht ausreichend Beachtung fanden, ist mittlerweile weitgehend anerkannt.⁰¹ In diesem Artikel argumentiere ich, dass das kein Zufall war, sondern dass die Angelegenheiten und Rechte der Kinder und Jugendlichen in Deutschland systematisch unzureichend beachtet werden. Kinder und Jugendliche haben im deutschen Recht sowie in Politik und Gesellschaft einen zu geringen Stellenwert, ihren Belangen und ihren Stimmen wird nicht das ihnen gebührende Gewicht zuerkannt.

Wie komme ich zu dieser These? Selbstverständlich kann ich in einem kurzen Artikel keine auch nur annähernd umfassende oder gar vollständige *empirische* Bestandsaufnahme und anschließende Bewertung davon geben, welche Stellung Kindern und Jugendlichen im deutschen Recht zukommt, wie sie von der Politik behandelt werden und wie ihr Standing in der Gesellschaft ist. Mein Ausgangspunkt ist stattdessen ein *ethisch-normativer*, von dem aus ich betrachte, wie es um die Umsetzung bestimmter Rechte und die Achtung bestimmter Anliegen und Belange der Kinder und Jugendlichen bestellt ist – und was geändert werden sollte. Im Folgenden werde ich dafür exemplarisch einen Blick auf die Bereiche politische Beteiligung, Schutz vor Gefährdung, Bildung und Gesundheit werfen, zunächst jedoch den kinderethischen Standpunkt erläutern.

KINDERETHISCHER STANDPUNKT

Die Gruppe der Kinder und minderjährigen Jugendlichen umfasst in Deutschland knapp 14 Millionen Menschen, die nach individuellem Entwicklungsstand, ethnisch-kulturellem und sozio-ökonomischem sowie Bildungshintergrund ihrer Familien äußerst vielfältig sind. Der normativ-kinderethische Standpunkt geht von der grundlegenden Frage aus, was gut für Kinder ist – was also in ihrem Interesse liegt, oder anders ausgedrückt: wie das Kindeswohl gewährleistet werden kann. Das deutsche Rechtssystem verweigert sich einer expliziten inhaltlichen Bestimmung des Begriffs „Kindeswohl“ mit dem Verweis, dass dies Sache der Eltern sei und in ihr Recht falle. Im rechtlichen Sinne ist es also ein unbestimmter Begriff. Ich halte dies für den Ausdruck eines – leider verbreiteten – falschen Verständnisses von Liberalismus. Denn Liberalismus bedeutet nicht Beliebigkeit oder Allmacht der Eltern über ihre Kinder, sondern kennt klare Werte und Rechte und sollte diese auch mit Blick auf Kinder anerkennen.

Von einem ethisch-liberalen Standpunkt aus schlage ich daher folgende Inhalte als wesentlich für eine plausible Konzeption des Kindeswohls vor: erstens die Entwicklung des Kindes zu einer autonomen, das heißt selbstbestimmungsfähigen Person mit einer offenen Zukunft (im Sinne des Philosophen Joel Feinberg), sowie zweitens subjektives Wohlbefinden, das heißt das möglichst große Überwiegen von positiven Gefühlen wie Freude und Zufriedenheit gegenüber negativen Gefühlen wie Angst, Schmerz oder Frust. Damit diese beiden Hauptbestandteile realisiert werden können, sind noch weitere Dinge notwendig oder hilfreich, etwa die Befriedigung von Grundbedürfnissen nach Nahrung, Geborgenheit und Schutz, gute, möglichst liebevolle Beziehungen zu engen und stabilen Bezugspersonen, die Entwicklung von Fähigkeiten und Kompetenzen, Bildung, Gesundheit, Spiel, Teilhabe und anderes mehr. Diese Konzeption dient als Orientierung für die Frage, wie es Kindern in unserer Gesellschaft geht, sowie als ethisch-normative Grundlage, um besonders wichtige Bestandteile des Kindeswohls als Rechte zu formulieren.

POLITISCHE BETEILIGUNG

Nahezu alle politischen Entscheidungen betreffen auch Kinder und Jugendliche – sei es direkt, wie die Schulpolitik, sei es langfristig, wie die Klimapolitik oder die Schuldenpolitik, sei es durch Opportunitätskosten, wenn beispielsweise Gelder für andere Anliegen als die von Kindern und Jugendlichen ausgegeben werden. Die Idee der politischen Mitsprache und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen umfasst potenziell ein breites Spektrum. Angefangen damit, dass Kinder oder ihre Vertreter*innen und entsprechende Expert*innen für Kindeswohlthemen vor Entscheidungen angehört werden, reicht es bis hin zur gleichberechtigten Mitsprache in Entscheidungsprozessen, zum Beispiel durch das Recht auf eine gleichwertige Stimme bei Wahlen oder Abstimmungen.

Es gibt gute Gründe, Kindern und Jugendlichen ein Recht auf politische Beteiligung zuzusprechen: Erstens erfahren Kinder Achtung als Personen und Betroffene; zweitens werden das Selbstvertrauen und die Fähigkeiten der Kinder, für sich zu sprechen, gestärkt; drittens lernen die Kinder, sich an demokratischen Verfahren zu beteiligen, getroffene Entscheidungen zu akzeptieren und generell sich zu demokratischen Bürger*innen zu entwickeln; und viertens wird die Qualität der Entscheidungsergebnisse für gewöhnlich besser, wenn die von ihnen Betroffenen ihre Sicht der Dinge kundtun und am Verfahren teilnehmen können. Mangelnde Mitsprache und Beteiligung haben bezüglich aller vier genannten Aspekte gegensätzliche Auswirkungen und können Frust und Ohnmacht verursachen.

Die Bedeutung politischer Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft zu sehen. Die Belange und Perspektiven von Kindern und Jugendlichen sowie ihrer Familien haben immer geringere Chancen, bei Wahlen Anerkennung zu finden und politisches Gewicht zu entwickeln: Wie bei der Bundestagswahl 2025 werden Wahlen auch künftig vor allem von den über 60-Jährigen entschieden – weshalb viele Parteien ihr Programm

auf diese Wählergruppe ausrichten.⁰² Die größte Wählergruppe bilden derzeit die über 70-Jährigen mit 23 Prozent, die zweitgrößte die 60- bis 69-Jährigen mit 19 Prozent; die 18- bis 29-Jährigen machen dagegen nur rund 13 Prozent der Wahlberechtigten aus.⁰³ Hinzu kommt, dass vor allem Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen und armen Familien und kranke Jugendliche, die besonders darauf angewiesen wären, kaum eine politisch einflussreiche Lobby haben, ungeachtet des großen Einsatzes einiger Einzelpersonen. Auch Familien beziehungsweise Eltern verfügen in dieser Hinsicht über keinen starken Hebel.

Ein besonders anschauliches Beispiel dafür, wie wenig Mitsprache und Beteiligung Kinder und Jugendliche in politischen Entscheidungsprozessen haben und wie wenig Aufmerksamkeit ihre Anliegen erhalten, ist die deutsche Coronapolitik. Obwohl die wiederholten und langen Schließungen von Schulen und Kitas die Kinder und Jugendlichen direkt betrafen, wurden sie nicht angehört. Stattdessen wurden auch viele Monate nach Beginn der Pandemie noch Entscheidungen mit einschneidenden Eingriffen in ihre Rechte über ihre Köpfe hinweg getroffen – von Politiker*innen, bei deren Wahl die Kinder und Jugendlichen keine Stimme hatten und die sich bei den anschließenden Wahlen wiederum vor den „stimmlosen“ Kindern und Jugendlichen nicht rechtfertigen mussten. Es vergingen fast zwei Jahre, bis sich im Februar 2022 die Kultusminister*innen der Länder mit Vertreter*innen von Schüler*innen trafen.⁰⁴

Ein Grundprinzip der Demokratie besteht in der gleichwertigen Selbstbestimmung aller Bürger*innen: Sie geben sich in direkten oder indirekten Verfahren eine Regierung und Gesetze, denen sie dann Folge leisten. Der Ausschluss aller Minderjährigen – beziehungsweise in einigen Bundesländern aller Menschen unter

01 Dieser Artikel basiert im Wesentlichen auf Christoph Schickhardt, Nicht systemrelevant. Eine Aufarbeitung der Coronapolitik aus kinderethischer Sicht, Berlin 2024.

02 Vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Demografische Faktoren bei der Bundestagswahl 2025, 14.4.2025, www.bib.bund.de/DE/Aktuelles/2025/25-04-14-Online-Diskussion-Demografische-Faktoren-bei-der-Bundestagswahl-2025.html.

03 Vgl. Altersstruktur der Wahlberechtigten bei Bundestagswahlen bis 2025, 26.6.2025, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1498/umfrage/altersstruktur-der-wahlberechtigten-bundestagswahl>. Siehe hierzu auch den Beitrag von Thorsten Faas in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

04 Vgl. Heike Schmall, Mehr als die Frage nach der Präsenz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.2.2022, S. 2.

16 Jahren – vom aktiven Wahlrecht verstößt somit eklatant gegen die Grundsätze der Selbstbestimmung und Gleichheit und schafft keine demokratische Legitimität gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe. Der Jurist Axel Adrian warf daher die Frage auf, warum sich Menschen unter 18 Jahren in Deutschland überhaupt an Gesetze gebunden fühlen sollten, die nicht auch durch sie selbst über Wahlen demokratisch legitimiert wurden.⁰⁵

Um das Übel der fehlenden Mitsprache beziehungsweise Repräsentation der Kinder und Jugendlichen in politischen Verfahren an der Wurzel zu packen, wäre eine grundsätzliche Reform des aktiven Wahlrechts nötig. Hierzu wurden bisher mehrere Modelle vorgeschlagen, wobei öffentlich vor allem immer wieder über eine Absenkung des Wahlalters diskutiert wird. Ich selbst habe vor einiger Zeit das Modell einer elterlichen Stellvertreterwahlpflicht vorgeschlagen, bei dem Eltern für jedes Kind eine Stimme erhalten, die sie nicht nur abgeben dürfen, sondern auch müssen, wobei das Kind mit wachsender geistiger Reife zunehmend in die Wahlentscheidung einbezogen werden muss und ab 16 Jahren selbstständig wählen darf.⁰⁶

Solange eine Wahlrechtsreform zugunsten der Kinder und Jugendlichen nicht in greifbarer Nähe ist, sollte eine Reihe von anderen Schritten unternommen werden, um die bestehende Ungerechtigkeit zumindest ein wenig zu kompensieren. So sollten mehr Ombudspersonen für Kinderrechte sowie Beauftragte, an die sich Kinder- und Jugendliche wenden können, eingesetzt oder gestärkt werden; die teilweise schon bestehenden Kinder- und Jugendparlamente sollten stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden; überhaupt sollten Kinder und Jugendliche oder ihre Vertreter*innen bei allen Initiativen zu Verwaltungsakten und Gesetzen zumindest angehört werden; und schließlich wäre auch die Schaffung eines eigenen Kinder- und Jugendministeriums auf Bundesebene sowie in jedem Bundesland sinnvoll und wünschenswert.

05 Vgl. Axel Adrian, Wahlrecht ab Geburt mit Stellvertretung durch die Eltern mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts?, in: Frühe Kindheit 3/2021, S. 12–19.

06 Vgl. Christoph Schickhardt, Kinder im Wahlrecht und in Demokratien. Für eine elterliche Stellvertreterwahlpflicht, in: Zeitschrift für Praktische Philosophie 1/2015, S. 191–248.

SCHUTZ VOR GEFÄHRDUNG

Der Schutz vor Gefährdung von Leib und Seele ist ein elementares Recht von Kindern und Jugendlichen – nicht nur von einem kinderethischen Standpunkt aus sollte das selbstverständlich sein. Artikel 19 der UN-Kinderrechtskonvention postuliert das Recht auf Schutz vor Gewaltanwendung, Misshandlung und Verwahrlosung, Artikel 34 auf Schutz vor sexuellem Missbrauch. In Deutschland ist ein so verstandenes umfassendes Recht auf Schutz aber letztlich weder (grund-)gesetzlich noch in der Praxis wirklich anerkannt und umgesetzt.

Einen groben Eindruck von der Gefährdungslage für das Kindeswohl und das elementare Recht der Kinder auf ein Minimum an leiblicher und seelischer Integrität vermittelt die Polizeiliche Kriminalstatistik, die Jahr für Jahr weit über hundert Kinder ausweist, die Opfer von Tötungsdelikten geworden sind. Auch die Zahl der sexuellen Kindesmissbrauchsfälle verharrt 2024 mit 16 354 Fällen auf hohem Niveau.⁰⁷ Bezüglich der Kindeswohlgefährdungen kommt das Statistische Bundesamt für 2023 auf einen neuen Höchststand und berichtet von 63 700 Fällen durch Vernachlässigung sowie psychische, körperliche oder sexuelle Gewalt. Weil die Jugendämter wegen Überlastung teils keine Meldungen machten, wird die tatsächliche Fallzahl sogar noch höher geschätzt.⁰⁸

Ein Problem ist unter anderem, dass Kinder- und Jugendämter nicht eigeninitiativ aktiv und präventiv tätig werden müssen (und dürfen), um schutzbedürftigen Kindern und ihren Familien möglichst früh zu helfen. Deutlich wird die Passivität bereits im ersten Satz des betreffenden Paragraphen 8a im SGB VIII: „Werden dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat es ...“. Das Amt wird also erst aktiv, wenn ihm etwas gemeldet oder zugezogen wird, und dies ist letztlich oft Zufall – ob etwa ein Nachbar Anzeichen für Vernachlässigung sieht und sich meldet oder ein Kind sich traut und in der Lage ist, auf die eigene Situation aufmerksam zu machen. Obwohl die Bedeutung

07 Siehe www.bka.de/pks.

08 Vgl. Statistisches Bundesamt, Zahl der Kindeswohlgefährdungen im Jahr 2023 auf neuem Höchststand, Pressemitteilung, 6.9.2024, www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/09/PD24_338_225.html.

frühzeitigen Handelns bekannt ist, verstößt ein proaktives Screenen und Ansprechen von Kindern mit hohem Risiko gegen den geltenden gesetzlichen Rahmen. Dieser verortet die Schutzinteressen des Kindes auf derselben Ebene wie das elterliche Abwehrrecht und macht aus Letzterem eine hohe Hürde für den Schutz von Kindern vor Kindeswohlgefährdungen. Der übertrieben hohe Wert, der dem elterlichen Abwehrrecht verfassungsrechtlich und oft auch in politischen Diskursen zugemessen wird, ist ein fest verankerter Teil des konservativen Denkens in Deutschland und gilt fälschlicherweise auch vielen Liberalen als essenzieller Ausdruck von Freiheit – obwohl er übermäßig die Freiheit der Eltern schützt, auf Kosten der Entwicklungsrechte des Kindes.

Der geringe Stellenwert, der dem Kinder- und Jugendschutz beigemessen wird, zeigt sich auch in der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe. Erneut bietet die Politik während der Coronapandemie ein besonders eklatantes Beispiel: Obwohl es bekannt war, dass es eine beachtliche Anzahl von Kindern und Jugendlichen gibt, deren Wohl in ihren Familien massiv oder latent gefährdet ist, wurden Kinder und Jugendliche durch die harten Schulschließungen von den allermeisten außerfamiliären sozialen Kontakten und Räumen aus- und mit ihren Familien eingeschlossen. Gleichzeitig reduzierten auch die Kinder- und Jugendämter ihre Bürozeiten und Aktivitäten wegen der Maßnahmen zur Kontaktreduktion. Die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie führten mit Blick auf das Kindeswohl also zu einer erhöhten Gefährdungslage für Kinder und Jugendliche und gleichzeitig zu einem geringeren Niveau der amtlichen Aktivitäten zum Schutz davor. Wie viele Einrichtungen, die für Kinder und Jugendliche existenziell wichtig sind, waren die meisten Jugendämter allerdings schon vor der Coronapandemie finanziell und personell schlecht ausgestattet und entsprechend überlastet. Laut einer Studie von 2018 zur beruflichen Realität von Jugendämtern müssen die meisten Beschäftigten 50 bis 100 Fälle gleichzeitig betreuen – also weit mehr als die empfohlenen 35 pro Vollzeitkraft.⁰⁹

Um dem Recht der Kinder und Jugendlichen auf Schutz vor Gefährdung von Leib und Seele zu mehr Geltung zu verhelfen, wäre es notwendig,

dieses Recht im Grundgesetz zu verankern und es gegenüber dem elterlichen Abwehrrecht zu stärken. Es sollte ermöglicht werden, ein systematisches und proaktives Risikoscreening einzuführen, um Kindern und Jugendlichen frühzeitig Hilfe zukommen lassen zu können. Zudem braucht es mehr Anlaufstationen in Schulen und anderen Räumen – vor allem aber eine bessere Ausstattung der Kinder- und Jugendämter, denen zudem ein besserer Zugang zu relevanten Daten zu gewähren ist.

BILDUNG

Man kann unterschiedlicher Meinung darüber sein, ob Bildung ein Wert an sich ist oder ob der Wert von Bildung ausschließlich in seinem Nutzen für andere wertvolle Dinge liegt. Sicher ist, dass Bildung für Kinder und Jugendliche kurz- und langfristig von größter Bedeutung für die wichtigsten Bestandteile des Kindeswohls und in der heutigen „Wissensgesellschaft“ essenziell für eine gleichberechtigte und mündige Teilhabe ist. Das Recht auf Bildung für alle Kinder und Jugendlichen ist moralisch gut begründet. In der UN-Kinderrechtskonvention ist es in Artikel 28 festgeschrieben, mit zentraler Bedeutung des Prinzips der Chancengleichheit.

Was genau unter den viel genutzten Begriffen „Bildungsgerechtigkeit“ und „Chancengleichheit“ theoretisch-ethisch zu verstehen ist und wie eine konkrete Vorstellung davon umgesetzt werden könnte, sind allerdings komplexe Fragen. Einfacher ist es, ein Minimum zu formulieren: Demnach hat jedes Kind und jede*r Jugendliche ein elementares Recht auf Erreichen eines Mindestniveaus an Bildung. Dieses Mindestniveau sollte das Beherrschen der elementaren Kulturtechniken des Schreibens, Lesens und Rechnens umfassen, ebenso ein basales Verständnis unserer Gesellschaft und ihrer Geschichte sowie die Kompetenz, selbstständig zu lernen. Es sollte Anschlussmöglichkeiten zu weiterführender Bildung beziehungsweise zum Erlernen bestimmter Berufe garantieren.

Die deutsche Realität sieht indes anders aus. Die Malaise des öffentlichen Schul- beziehungsweise Bildungssystems ist mittlerweile fast so fest und aktenkundig etabliert wie die Institution Schule selbst. Die Zahlen – soweit das Schulsystem Daten und Zahlen generiert und zur Verfügung stellt – sprechen seit Jahrzehnten insgesamt für Mittelmaß. Sie belegen, dass vor allem Kinder aus bildungsfernen und sozioökonomisch schwachen Familien, häufig

⁰⁹ Vgl. Kathinka Beckmann/Thora Ehlting/Sophie Klaes, Berufliche Realität im Jugendamt: der ASD in strukturellen Zwängen, Freiburg/Br. 2018.

Familien mit Migrationshintergrund, nicht das bekommen, was sie brauchen. Bei der jüngsten PISA-Studie 2022 zeigte sich zwischen den geprüften 15-Jährigen mit und jenen ohne Migrationshintergrund erneut ein deutlicher Leistungsunterschied, wobei das Leistungsniveau in beiden Gruppen niedriger war als in früheren Jahrgängen.¹⁰

Ein Grund hierfür dürfte unter anderem in der Coronapandemie beziehungsweise der deutschen Pandemiepolitik und ihren Auswirkungen liegen. Die wochenlangen Schulschließungen im Frühjahr 2020 und Winter 2020/21 vergrößerten die ohnehin bereits große Kluft zwischen Kindern aus Familien mit guter Bildungsunterstützung und jenen aus bildungsfernen Familien mit wenig Unterstützung. Die von der Bundesregierung im Sommer 2021 bereitgestellte eine Milliarde Euro, um Kinder und Jugendliche beim Aufholen von Lernverlusten zu unterstützen, war bei Weitem nicht ausreichend, um die rund 150 Tage ohne Präsenzunterricht aufzuholen und den besonders Benachteiligten effektiv zu helfen. Die Anstrengungen während der Pandemie zur Verbesserung der technischen Ausstattung haben zwar zu einer Beschleunigung der vorher vernachlässigten Digitalisierung der Schulen geführt, die strukturellen Probleme und Herausforderungen blieben aber größtenteils bestehen.

Vorschläge für Veränderungen gibt es seit Jahrzehnten zuhauf. Aus kinderethischer Perspektive sind insbesondere die folgenden Punkte zu betonen: Schüler*innen sind Kinder und Menschen und sollten nicht auf Lernende oder Nicht-Lernende reduziert werden, sondern haben auch neben der Bildung weitere zu beachtende Bedarfe und Rechte, zum Beispiel auf Anerkennung, Sicherheit und Wohlbefinden in der Schule. Schule erscheint hierzulande vielfach noch immer als Überbleibsel einer einst kaiserlich-obrigkeitsstaatlichen Institution, die großen Zwang und Druck auf Kinder und Jugendliche ausüben darf, ohne ihrerseits den Kindern, den Eltern oder der Öffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig zu sein, was die eigene Leistung angeht. Dies sollte grundsätzlich geändert werden. Zwar hat das Bundesverfassungsgericht im November 2021 in einem Beschluss über mehrere Verfassungsbeschwerden zu Schulschließungen das Recht der jungen Men-

schen auf schulische Bildung anerkannt – dieses aber so weich formuliert, dass es letztlich kein relevantes Gewicht entfaltete.¹¹ Echte Verbesserungen, etwa in Form einer Stärkung von einklagbaren Rechten von Kindern und Eltern auf bestimmte Leistungen der Schule, erscheinen auf der Grundlage dieses Beschlusses unwahrscheinlich.

Darüber hinaus ist eine systematische Fokussierung auf besonders bedürftige Kinder und sogenannte Brennpunktschulen notwendig sowie eine fortlaufende Erhebung aussagekräftiger Daten für eine stärker evidenzgestützte Schulpolitik. Vor allem für lernschwache Kinder sollte es über das gesamte Jahr hinweg Unterrichts- und Lernangebote geben, auch in den nicht mehr zeitgemäßen rund 16 Ferienwochen.

GESUNDHEIT

Die Weltgesundheitsorganisation definiert Gesundheit in ihrer Verfassung als „Zustand vollständigen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit oder Gebrechen“. Insbesondere mit Blick auf junge Menschen ist es wichtig, sich auch der psychischen und sozioemotionalen Dimensionen bewusst zu sein. Die körperliche und seelische Gesundheit ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung und individuelle Entfaltung zu einer autonomen Person mit offener Zukunft sowie für soziale Teilhabe, Selbstvertrauen und Bildung. Schlechte Gesundheit bedroht alles. Es gibt daher gewichtige ethische Gründe, Kindern ein Recht auf Gesundheit zuzusprechen. Dabei ist zu betonen, dass dieses Recht als umfassend zu verstehen ist – es geht also nicht nur um den Anspruch auf eine bedarfsgerechte medizinische beziehungsweise psychotherapeutische Versorgung im Krankheitsfall, sondern um das Recht, von gesundheitsgefährdenden Handlungen oder Eingriffen Dritter verschont zu bleiben beziehungsweise davor geschützt zu werden. Auch die Ausübung von gesundheitsförderlichem Sport sowie die Wahrnehmung von Krankheitsprävention, Aufklärung und das Erlernen von Gesundheitskompetenzen gehören dazu.

Wie steht es um ein solches Recht in der Realität? Im deutschen Rechtssystem haben Kinder kein Grundrecht auf Gesundheit – ebenso wenig wie erwachsene Menschen –, auch wenn die UN-

¹⁰ Vgl. OECD Programme for International Student Assessment (PISA)/Technische Universität München, PISA 2022, www.pisa.tum.de/pisa/pisa-2022.

¹¹ Vgl. Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 19. 11. 2021 – 1 BvR 971/21, 1 BvR 1069/21.

Kinderrechtskonvention in Artikel 24 ein Recht des Kindes auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit anerkennt. Auch um die tatsächliche Gesundheit der Kinder und Jugendlichen ist es nicht zum Besten bestellt. Insbesondere Kinder aus ärmeren und bildungsfernen Familien leiden unter Gesundheitsproblemen und zeigen gesundheits-schädliche Verhaltensmuster. Schon vor der Coronapandemie litten viele Kinder und Jugendliche unter gesundheitlichen Problemen wie Essstörungen oder Übergewicht oder legten ein problematisches Mediennutzungsverhalten an den Tag. Die Schulschließungen zum Schutze anderer, vor allem älterer Bevölkerungsgruppen verschärften die Problematik: So zeigt die Hamburger COPSY-Studie (Corona und Psyche) von 2024 „eine signifikante Verschlechterung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu Beginn der Pandemie und eine langsame Verbesserung in den Folgejahren. Doch jetzt stellen wir fest, dass diese Zahlen stagnieren und im Vergleich zu präpandemischen Daten immer noch hoch sind.“¹² Etwa fünf Prozent mehr Kinder und Jugendliche berichteten demnach über eine schlechtere psychische Gesundheit als vor der Pandemie, wobei das Wohlbefinden inzwischen nicht mehr durch die Pandemie, sondern durch andere weltpolitische Krisen beeinträchtigt werde. Die Krankenkasse DAK hat in ihrer jüngsten Suchtstudie 2025 bei mehr als 25 Prozent aller 10- bis 17-Jährigen, insgesamt 1,3 Millionen jungen Menschen, eine riskante oder pathologische Nutzung sozialer Medien festgestellt – 4,7 Prozent gelten als abhängig. Das bedeutet seit 2019 einen Anstieg der problematischen Social-Media-Nutzung von 126 Prozent.¹³

Der großen und tendenziell zunehmenden Anzahl von Kindern mit Gesundheitsproblemen steht ein unterfinanziertes und zunehmend ebenso überlastetes wie unzureichendes System medizinischer und psychotherapeutischer Versorgung gegenüber. Die vielen bedürftigen und kranken Kinder und Jugendlichen können also gar nicht zeitnah und angemessen behandelt werden. Als Ergebnis lässt sich somit festhalten, dass der Gesundheit von Kindern

und Jugendlichen in Deutschland offensichtlich nur ein untergeordneter Stellenwert zukommt.

Es wäre in vielen Bereichen viel zu tun, um den Status quo zu verbessern – und es braucht auch deutlich mehr als den notorischen Ruf, dass die ohnehin schon oft mit ihrem Kernauftrag überlasteten Schulen mehr Gesundheitsaufklärung leisten sollen. Im Bereich der öffentlichen Gesundheit gilt es zum Beispiel, endlich mit entschlossenen Maßnahmen gegen solche Firmen vorzugehen, zu deren Geschäftsmodell es gehört, Kinder und Jugendliche mit raffinierten Methoden zu immer mehr Medienkonsum oder Konsum ungesunder Nahrungsmittel zu verleiten. Das Recht auf Gesundheit sollte Grundrechtsstatus erhalten. Im Falle mangelnder medizinischer oder psychotherapeutischer Behandlungsplätze sollte den betroffenen Kindern und Eltern sowie Kinderrechtsorganisationen zudem ein schneller und effektiver Klageweg zur Durchsetzung des Rechts offenstehen.

FAZIT

Für die Frage nach dem Stellenwert von Kindern und Jugendlichen in Politik und Gesellschaft habe ich einen kinderethischen Begriff des Kindeswohls sowie die Rechte von Kindern auf zentrale Elemente des Kindeswohls herangezogen. Während alle Kinder weitgehend von politischer Beteiligung und Mitsprache ausgeschlossen sind, ist die Lage unter Kindern und Jugendlichen mit Blick auf Aspekte wie Gefährdung oder Bildung sehr unterschiedlich. Grundlegende Rechte von vielen Kindern und Jugendlichen, vor allem aus sozioökonomisch schwächeren oder bildungsfernen Familien, werden nicht oder nur unzureichend geachtet und umgesetzt. Dies ist gleichermaßen Ausdruck und Wirkung des viel zu geringen Stellenwertes, der Kindern und Jugendlichen insgesamt in Recht, Politik und Gesellschaft beigemessen wird. Um die Rechte der Kinder und Jugendlichen besser zu achten und ihnen mehr Gewicht einzuräumen, sind in allen genannten und weiteren Bereichen viele Veränderungen nötig.

CHRISTOPH SCHICKHARDT

ist promovierter Philosoph und Wissenschaftler mit den Schwerpunkten Bioethik und Kinderethik am Institut für Medizin- und Datenethik, Universität Heidelberg, sowie am Nationalen Centrum für Tumorerkrankungen, Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg.

¹² So die Leiterin der Studie, Ulrike Ravens-Sieberer, zit. in: Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durch globale Krisen belastet, Pressemitteilung, 4. 12. 2024, www.uke.de/allgemein/presse/pressemitteilungen/detailseite_160448.html.

¹³ Vgl. DAK-Gesundheit, DAK-Suchtstudie: Millionen Kinder haben Probleme durch Medienkonsum, Pressemitteilung, 13. 3. 2025, www.dak.de/_91832.

JUGENDSTRAFRECHT AUF DEM PRÜFSTAND

Gewaltkriminalität von jungen Menschen

Britta Bannenberg

In jüngerer Zeit werden in Politik und Medien wiederholt Forderungen laut, das Strafrecht zu verschärfen und die Strafmündigkeitsgrenze – also das Alter, ab dem jemand strafrechtlich belangt werden kann – abzusenken. Den Anlass bilden seltene Tötungsdelikte von Minderjährigen beziehungsweise Strafunmündigen, extreme Gewaltdelikte durch Jugendliche, in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) bekannt gegebene Anstiege von Gewaltkriminalität durch Kinder und Jugendliche sowie Einzelfälle von jungen Extremisten, die kurz vor der Verübung eines Anschlags festgenommen wurden. Die Diskussionen darüber entstehen häufig reflexhaft, und der Blick auf die Gesamtsituation der Jugendkriminalität und Jugendgewalt kommt dabei in der Regel zu kurz. Ohne Detailkenntnis wird das Jugendstrafrecht dann als nicht ausreichend betrachtet, den aktuellen Negativentwicklungen zu begegnen – zugleich wird es aber auch in seinen Wirkungen überschätzt.

Um in diesem Themenfeld zur Versachlichung beizutragen, werden im Folgenden zunächst empirische Erkenntnisse zur Gewalt von jungen Menschen sowie neue Entwicklungen und Trends im Zusammenhang mit der Social-Media-Nutzung von Jugendlichen betrachtet und anschließend die Möglichkeiten und Grenzen des Jugendstrafrechts dargelegt. Zunächst bedarf es jedoch der Klärung grundlegender Begriffe.

BEGRIFFSKLÄRUNGEN

Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht

Unter „Jugendkriminalität“ versteht man kriminologisch die Delinquenz – also das einen Straftatbestand erfüllende Verhalten – von Kindern, die gemäß Paragraph 19 Strafgesetzbuch (StGB) erst mit der Vollendung des 14. Lebensjahres straf-

mündig werden, sowie Straftaten durch Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre) und Heranwachsende (18 bis unter 21 Jahre). Kriminologisch wird teilweise auch die Gruppe der sogenannten Jung-erwachsenen bis zum 25. Lebensjahr betrachtet, was allerdings im strafrechtlichen Sinne unerheblich ist. Spätestens mit der Vollendung des 21. Lebensjahres gilt uneingeschränkt das Erwachsenenstrafrecht.

Unter 14-Jährige können also nicht bestraft werden, Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahren unterliegen immer dem Jugendstrafrecht, allerdings unter dem Vorbehalt der positiven Feststellung ihrer strafrechtlichen Verantwortlichkeit in jedem Einzelfall, und Heranwachsende von 18 bis unter 21 Jahren sind volljährig und können dem Erwachsenenstrafrecht oder dem Jugendstrafrecht unterfallen, wenn sie entweder entwicklungsverzögert sind und insofern noch einem Jugendlichen gleich stehen oder eine sogenannte Jugendverfehlung begangen haben.

Das Jugendstrafrecht ist im JGG (Jugendgerichtsgesetz) geregelt, wobei sich die Frage, ob eine Straftat vorliegt, nach dem Erwachsenenstrafrecht im StGB richtet. Das Verfahren und die Sanktionen des JGG sind jedoch spezifisch auf die Erziehung der Jugendlichen und Heranwachsenden ausgerichtet. Strafunmündige, die Gewalttaten begehen, können Reaktionen der Jugendhilfe und der Kinder- und Jugendpsychiatrie erfahren. Auch kann die Personensorge entzogen werden.

Gewaltkriminalität

„Gewaltkriminalität“ ist ein weiter Begriff, der aus kriminologischer Sicht physische und psychische Schädigungen anderer Personen umfassen kann.⁰¹ In der PKS, in der jährlich Informationen über die der Polizei bekanntgewordenen Straftaten, Tatverdächtigen und Opfer veröffentlicht werden, wird unter der Kategorie „Gewaltdelikte“ eine Zusam-

menfassung verschiedener Delikte verstanden, die sich im Wesentlichen wie folgt zusammensetzt: Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexuelle Übergriffe im besonders schweren Fall, Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer, Körperverletzung mit Todesfolge, gefährliche und schwere Körperverletzung, erpresserischer Menschenraub und Geiselnahme.⁰²

Etwa 3 bis 4 Prozent der jährlich erfassten Straftaten sind schwere Gewaltdelikte. Die schwerste Kategorie von Mord und Totschlagsdelikten (einschließlich dem Versuch) macht seit Langem unter 0,1 Prozent aller Delikte aus. Nicht unter dem Sammelbegriff „Gewaltkriminalität“ erfasst sind die wesentlich häufigeren Körperverletzungsdelikte nach Paragraph 223 StGB oder auch Bedrohungen und Nötigungen. Die PKS enthält zwar Angaben über Verdachtsfälle und bei Aufklärung über die Zahl der Tatverdächtigen sowie der Opfer – die Qualität dieser Fälle und die Tatumstände können der Statistik jedoch nicht entnommen werden.

KRIMINALITÄTSLAGE IM HELLFELD

2024 wurden in der PKS insgesamt 5 837 445 Straftaten registriert, darunter sind Eigentums- und Vermögensdelikte nach wie vor am häufigsten. 217 277 Fälle wurden in der Kategorie Gewaltkriminalität registriert (3,7 Prozent des Gesamtstrafatenaufkommens), worunter die gefährliche (und seltener schwere) Körperverletzung mit 158 177 Fällen den Großteil der Gewaltdelikte ausmacht. Dieser Kategorie müssen die 437 461 Fälle der Körperverletzung hinzuge-rechnet werden (7,5 Prozent des Gesamtstrafatenaufkommens), die in der PKS, wie erläutert, nicht Gewaltdelikte genannt werden.

Bei einer Aufklärungsquote von 58 Prozent im Jahr 2024 wurden insgesamt 3 385 919 Taten aufgeklärt, das heißt, diesen Taten konnte ein Tatverdächtiger zugeordnet werden, womit insgesamt 2 184 834 Tatverdächtige ermittelt wurden. Typischerweise werden etwa 75 Prozent männliche und 25 Prozent weibliche Tatverdächtige ermittelt. Typisch ist auch, dass (strafunmündige) Kinder, Jugendliche und Heranwachsende zwar

einen relativ geringen Anteil an der Gesamtgruppe der Tatverdächtigen ausmachen, aber trotzdem – gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil – die kriminell aktivste Gruppe sind. Dieser international und über Jahrzehnte hinweg allgemeingültige kriminologische Befund wird „Alters-Kriminalitätskurve“ (*age-crime-curve*) genannt und ist auch für das Verständnis der Gewaltkriminalität junger Menschen wichtig.

2024 wurden 79,3 Prozent erwachsene Tatverdächtige ab 21 Jahren ermittelt, 4,7 Prozent Kinder (101 886), 8,8 Prozent Jugendliche (192 863) und 7,2 Prozent Heranwachsende (156 889). Um diese Zahlen in langfristige Entwicklungen einordnen zu können, gibt es die sogenannte Tatverdächtigenbelastungsziffer (TVBZ): Diese wird errechnet, indem die Zahl der Tatverdächtigen in Bezug zu 100 000 Personen der jeweiligen Altersgruppe der Wohnbevölkerung gesetzt wird. Dabei ergibt sich die für Jugendliche und Heranwachsende typische Höherbelastung mit Kriminalität, weil der Bevölkerungsanteil dieser Altersgruppen deutlich unter ihrer Erfassung mit Straftaten liegt.

Besorgniserregend ist dieser allgemeingültige Befund nicht, weil er als Ausdruck von weitgehender Normalität und Episodenhaftigkeit strafrechtlicher Auffälligkeit im Zusammenhang mit der Entwicklung zu betrachten ist. Die meisten jungen Menschen fallen nur einmal oder gelegentlich mit eher leichten Straftaten polizeilich auf. Problematisch sind eher die etwa 25 Prozent Mehrfachauffälligen, unter denen sich auch (etwa 5 Prozent) Intensivtäter befinden, die viele, auch schwerere Delikte begehen (bis zu 50 Prozent der Delikte der Altersgruppe), viele persönliche und soziale Risikofaktoren aufweisen und häufig bis weit in das Erwachsenenalter hinein kriminell auffällig bleiben.

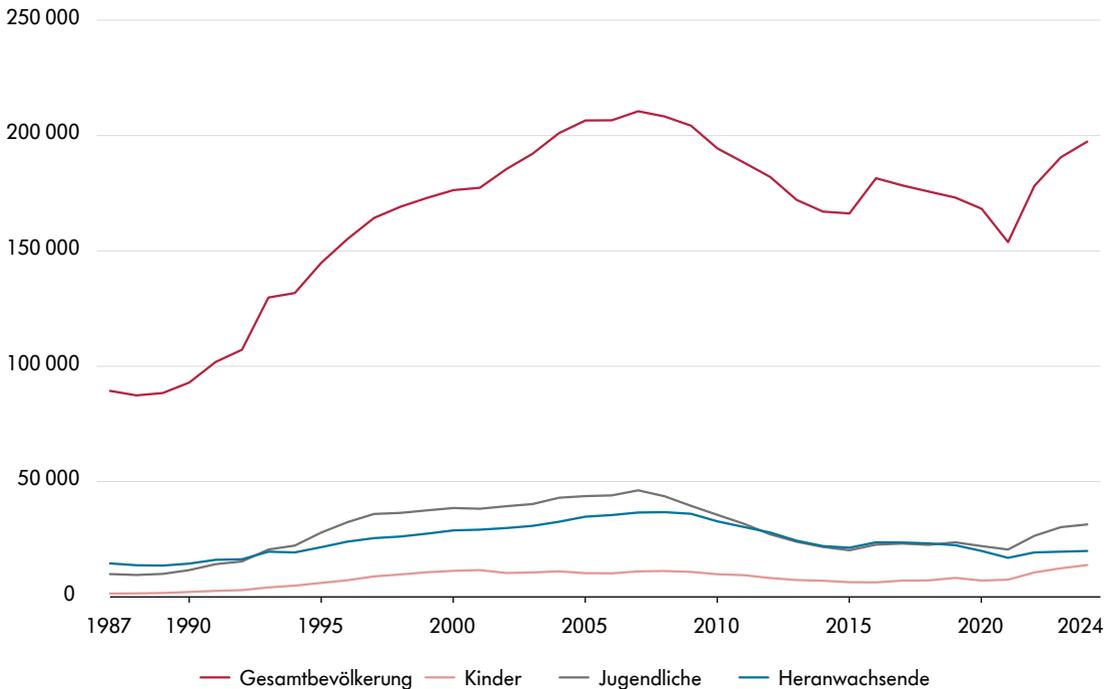
Zu beachten ist weiterhin der Geschlechterunterschied bei der Kriminalität und erst recht bei der Gewaltkriminalität. Mädchen und junge Frauen begehen zwar im Vergleich zu älteren Frauen mehr Straftaten, aber insgesamt deutlich weniger als Jungen und Männer. Schwere Gewalttaten durch Mädchen und Frauen sind selten.

Ob Anstiege bei absoluten Zahlen besorgniserregende Trends ergeben, kann nicht allein nach der Entwicklung absoluter Zahlen beurteilt werden, schon gar nicht bei einem Vergleich allein mit dem Vorjahr. Vielmehr ist es notwendig, langfristige Entwicklungen zu betrachten, die

01 Vgl. Ulrich Eisenberg/Ralf Kölbl, *Kriminologie*, Tübingen 2024⁸, S. 779 ff.

02 Siehe www.bka.de/pks.

Abbildung: Tatverdächtige bei Gewaltkriminalität, 1987 bis 2024



Mehrfach auffällige Tatverdächtige werden erst seit 2009 einfach gezählt.

Quelle: PKS

anhand von Belastungszahlen und unter Einbeziehung von Hellfeldstudien und den wichtigen Erkenntnissen aus Dunkelfeldstudien abzulesen sind (also über Kriminalität, die den Strafverfolgungsbehörden nicht bekannt wird).

GEWALTKRIMINALITÄT VON KINDERN, JUGENDLICHEN UND HERANWACHSENDEN

2024 wurden insgesamt 217.277 Fälle von Gewaltkriminalität in der PKS registriert. Unter den dazu ermittelten 197.347 Tatverdächtigen waren 13.775 Kinder, 31.383 Jugendliche und 19.912 Heranwachsende. Während die TVBZ für alle Altersgruppen bei der Gewaltkriminalität bei 233 pro 100.000 Einwohnern liegt, beträgt die Tatverdächtigenbelastung bei Kindern 280, bei Jugendlichen 984 und bei Heranwachsenden 763.

Der Zeitreihenvergleich ab 2010 zeigt dabei für die absoluten Zahlen der jungen Tatverdächtigen 2024 einen Höchststand bei der Gewalt von Kindern. Von 9.815 im Jahr 2010 gingen die Zahlen bis 2016 zurück auf 6.304, um bis zum Jahr 2019 anzusteigen auf 8.267. Dieses Vor-Co-

rona-Jahr wurde nach dem deutlichen Absinken der Zahlen in den Jahren 2020 und 2021 (auf 7.103 und 7.477) seit 2022 klar übertroffen: von 10.577 im Jahr 2022 auf 12.377 im Jahr 2023 und 13.775 im Jahr 2024. Auch die Zahl der tatverdächtigen Jugendlichen hat sich in den vergangenen drei Jahren gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019 mit 23.619 Tatverdächtigen deutlich erhöht auf 26.441 im Jahr 2022, 30.244 im Jahr 2023 und 31.383 im Jahr 2024. Bei den tatverdächtigen Heranwachsenden überstiegen die absoluten Zahlen die Vor-Corona-Jahre dagegen nicht (*Abbildung*). Im Trend lässt sich auch nach der Betrachtung der TVBZ feststellen, dass insbesondere in den vergangenen Jahren wieder Anstiege bei der Gewaltkriminalität zu verzeichnen sind.

Welche Art von Gewaltdelikten sich hinter diesen Zahlen verbirgt, kann man der PKS zwar ansatzweise differenziert nach Delikten entnehmen, wie schwerwiegend die Taten sind, ist daran aber nicht abzulesen. Für die schwersten Vorwürfe von Mord und Totschlag etwa zeigen Fallzahlen und Tatverdächtige den geringen Anteil von Kindern und Jugendlichen deutlich an (*Tabell-*

Tabelle 1: Tatverdächtige bei Mord, 2019 bis 2024

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Insgesamt	884	763	724	763	824	869
männlich	782	664	635	654	705	759
weiblich	102	99	89	109	119	110
davon:						
Kinder (bis 14 Jahre)	1	4	7	4	8	7
männlich	1	3	5	1	5	4
weiblich	0	1	2	3	3	3
Jugendliche (14 bis unter 18)	40	38	36	47	46	81
männlich	37	32	33	44	36	75
weiblich	3	6	3	3	10	6
Heranwachsende (18 bis unter 21)	113	62	57	66	62	106
männlich	96	59	51	60	55	99
weiblich	17	3	6	6	7	7
Erwachsene	730	659	624	646	708	675
männlich	648	570	546	549	609	581
weiblich	82	89	78	97	99	94

Quelle: PKS

len 1 und 2), wobei zu beachten ist, dass der Versuchsanteil bei über 70 Prozent liegt. Gerade diese Fälle sind jedoch Anlass für Forderungen nach härterer Bestrafung und Absenkung der Straf- mündigkeitsgrenze.

Auch Jugendliche und Heranwachsende begehen (oder versuchen) Mehrfachtötungen, entweder in Form von Amoktaten ohne zielgerichtete ideologische Vorstellungen oder in Form extremistischer Anschläge. Diese Taten sind jedoch äußerst selten und zeigen ein spezifisches Täterprofil. Amoktaten durch junge Täter im Alter von 13 bis 23 Jahren gab es seit Bestehen der Bundesrepublik in 26 Fällen, wobei mit sechs Fällen seit 2022 eine gewisse Häufung zu verzeichnen ist.⁰³ Hinzu treten Tatpläne, die in der Vorbereitung weit fortgeschritten waren und kurz vor der Umsetzung verhindert werden konnten. Dies

betrifft sowohl Amoktaten als auch Anschläge durch junge extremistische Einzeltäter, die sich etwa in Online-Foren radikalisiert haben. Weder für junge extremistische Einzeltäter noch für die häufigeren Gruppentäter mit Tötungsabsichten sind genaue Zahlen bekannt. Es gibt auch keine Zahlenangaben über die Begehung von terroristischen und extremistischen Gewalttaten durch junge Täter – aber in der Tendenz wird eine steigende Problematik wahrgenommen.⁰⁴

Amokdrohungen und Anschlagsankündigungen stellen Schulen, Bildungseinrichtungen, Polizei und Psychiatrien vor besondere Herausforderungen, weil die Problematik besteht, Tatankündigungen oder Verdachtsmomente, die auf eine Tatplanung hindeuten, auf ihre Gefährlichkeit hin einschätzen zu müssen. Androhungen sind weit häufiger als Tatausführungen, und nicht jede Drohung ist ernst gemeint.

03 Zu Einzelheiten vgl. Britta Bannenberg, Amoktaten – Ursachen, Besonderheiten der Taten, Täter und Opferfolgen, in: Stefan Goertz/Raphael Röttinger/Nicolas Stockhammer (Hrsg.), Terrorismus und Amok, Baden-Baden 2025 (i. E.).

04 Vgl. etwa Center for Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) (Hrsg.), Militanter Akzelerationismus. Ursprung und Aktivität, Berlin 2022, S. 37.

Tabelle 2: Tatverdächtige bei Totschlag, 2019 bis 2024

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Insgesamt	2094	1895	1856	1926	1950	2009
männlich	1879	1681	1637	1712	1729	1789
weiblich	215	214	219	214	221	220
davon:						
Kinder (bis 14 Jahre)	9	7	12	14	14	14
männlich	7	7	9	9	10	13
weiblich	2	0	3	5	4	1
Jugendliche (14 bis unter 18)	116	102	137	149	199	193
männlich	107	94	129	138	189	179
weiblich	9	8	8	11	10	14
Heranwachsende (18 bis unter 21)	256	227	228	231	224	261
männlich	244	218	211	218	208	243
weiblich	12	9	17	13	16	18
Erwachsene	1713	1559	1479	1532	1513	1541
männlich	1521	1362	1288	1347	1322	1354
weiblich	192	197	191	185	191	187

Quelle: PKS

BEFUNDE AUS DUNKELFELDSTUDIEN

Die meisten Straftaten von Jugendlichen und Heranwachsenden werden nicht entdeckt beziehungsweise nicht bei der Polizei angezeigt, das gilt auch für Gewaltdelikte. Den Schülerbefragungen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen lassen sich gleichwohl detaillierte Angaben zu Tätern, zu Opfern und zu Anzeigequoten für Gewaltdelikte entnehmen. So gaben 16,3 Prozent der Befragten im Jahr 2022 an, eine Gewalttat begangen zu haben, darunter am häufigsten Körperverletzungen. Zugleich werden Jugendliche häufig auch Opfer von Gewalt: 40,9 Prozent gaben an, im Laufe ihres Lebens, 20,9 Prozent in den zurückliegenden zwölf Monaten Gewalt erfahren zu haben; 26,6 Prozent davon erlitten eine Körperverletzung. Der Befragung zufolge wird nur ein Bruchteil der Delikte zur Anzeige gebracht: Die Anzeigequote für Gewaltdelikte betrug 38,7 Prozent bei Raub, 24,2 Prozent bei einer Körperverletzung durch mehrere Personen,

18,3 Prozent bei einer Körperverletzung mit einer Waffe, 10,4 Prozent bei einer Körperverletzung durch eine Person, 16,3 Prozent bei sexueller Gewalt und 14,1 Prozent bei Erpressung.⁰⁵

Noch nicht genügend empirisch erforscht ist der enorme Einfluss von Social Media und Internetnutzung auf das Verhalten von Kindern und Jugendlichen. Neben der schon belegten anwachsenden Bedeutung der Nutzung elektronischer Medien⁰⁶ zeigt sich eine Relevanz für die Täter- und Opferwerdung. Immer wieder werden negative Einflüsse bei der Nutzung der Videoplattform Tiktok berichtet – etwa für „Challenges“, bei denen zum Filmen und Verbreiten realer Gewalt bis hin zu falschen Notrufen und

05 Vgl. Leonie Dreißigacker et al., Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurvey 2022, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, KFN-Forschungsbericht 169/2023, S. 45 ff., S. 59 ff.

06 Dies belegen etwa die seit 1998 jährlich erscheinenden JIM-Studien (Jugend, Information, Medien), in denen die Mediennutzung von 12- bis 19-Jährigen untersucht wird: <https://mpfs.de/studien/jim-studie>.

Amokankündigungen aufgerufen wird. Sexuelle Belästigungen, Mobbing und Verleumdung von Gleichaltrigen sowie Aufrufe zur Schädigung und zum Suizid nehmen ebenfalls zu.⁰⁷

Zu den Auswirkungen auf Täter- und Opferwerdung im besonders sensiblen Bereich sexueller Gewalt und Belästigungen liefert die „Speak!“-Studie der Universitäten Marburg und Gießen wertvolle Erkenntnisse.⁰⁸

MÖGLICHE GRÜNDE FÜR DEN ANSTIEG DER GEWALT

Betrachtet man die Kriminalität und insbesondere die Gewaltkriminalität in der Langzeitentwicklung und differenziert nach Altersgruppen, fallen stark schwankende Fallzahlen und Tatverdächtigenzahlen auf, die grundsätzlich für eine eher zurückhaltende Beurteilung der Jugendgewalt sprechen. Damit sollen besorgniserregende Phänomene weder verharmlost noch Gefahren negiert, noch soll ansteigende Gewalt pauschal als „neue Qualität“ überhöht werden. Die Gesellschaft verändert sich fortlaufend und bringt damit auch neue Risiken mit sich. Es gilt aber, nüchtern zu analysieren, welche Faktoren eine Rolle spielen könnten und ob die vorhandenen Instrumente wirksam sind.

So kamen etwa in den Jahren ab 2015 und nochmals nach dem Angriff Russlands auf die gesamte Ukraine 2022 viele Geflüchtete nach Deutschland. Die Integration verlief und verläuft nicht immer reibungslos. Durch Migration entstehen mitunter Konflikte, die sich auch im täglichen Umgang in Schulen bemerkbar machen können. Zugleich zeigt sich, dass viele Zugewanderte erhebliche Gewalterfahrungen gemacht haben und es ihnen an tragenden sozialen Beziehungen mangelt. Enttäuschungen, falsche Erwartungen, aber auch Abwertungserfahrungen und mangeln-

07 Vgl. Katrin Chauviré-Geib et al., *The Increase in Online Child Sexual Solicitation and Abuse: Indicator 16.2.3 of the UN Sustainable Development Goals (SDG) Documents a Hidden and Growing Pandemic. Population-Based Surveys Fail to Capture the Full Picture*, in: *Child Abuse and Neglect* 164/2025, <https://doi.org/10.1016/j.chiabu.2025.107452>; eigene Erfahrungen aus dem Beratungsnetzwerk Amokprävention.

08 Vgl. Sabine Maschke/Ludwig Stecher, „Ich habe so etwas erlebt – und will es nie wieder.“ *Sexualisierte Gewalt aus der Perspektive Jugendlicher: Fakten, Einordnungen und Prävention*, Weinheim–Basel 2022. Erfasst wurden diverse sexuelle Erlebnisformen bis zum 19. Lebensjahr, unterteilt nach Geschlecht und an unterschiedlichen Schulformen.

de legale Arbeitsmöglichkeiten können die bestehenden Probleme und Aggressionen verstärken.

Die Corona-Krise mit den gravierenden sozialen Kontaktbeschränkungen insbesondere in den Schulen und mit Auswirkungen auf das familiäre Zusammenleben hat zwar in den Jahren 2020 und 2021 die Kriminalität erheblich gesenkt. Die psychischen Folgewirkungen und Belastungen für viele Familien und Kinder sowie die Verhaltensprobleme und psychischen Belastungen vor allem bei Kindern und Jugendlichen finden jedoch auch in der nun steigenden Gewaltkriminalität ihren Ausdruck. Dazu tragen Entwicklungsdefizite aus diesen Jahren bei. Es fehlte vielfach an Gelegenheiten zu sozialem Lernen, wozu das Einüben von Konfliktlösungsfähigkeiten und das Lernen von Normen, Selbstkontrolle und Verantwortung zählen. Es darf angenommen werden, dass sich bei einem Teil der Kinder und Jugendlichen unangemessener Medienkonsum zulasten konstruktiver Fähigkeiten entwickelt hat.

Nicht zu vergessen ist, dass ein Großteil der kriminellen und auch gewaltkriminellen Verhaltensauffälligkeiten im Jugendalter keine schwere Gewalt umfassen, sondern als Phänomene eines normalen Übergangs zum Erwachsenwerden zu betrachten sind. Die meisten Jugendlichen erlernen Normen und Verantwortung durch Reaktionen aus dem sozialen Umfeld und nicht durch strafrechtliche Sanktionen. Die allgemeine Auffassung, was unter Jugendgewalt zu verstehen ist, sollte nicht pauschal vom Bild schwerster Gewalttaten geprägt werden.

JUGENDSTRAFRECHT UND JUGENDGEWALT

Das Jugendstrafrecht ist Erziehungsstrafrecht und gilt für Jugendliche ab dem 14. Lebensjahr sowie für Heranwachsende zwischen dem 18. und unter dem 21. Lebensjahr, wenn eine Reifeverzögerung oder Jugendverfehlung dies nahelegen. Die Besonderheiten liegen in einer erzieherisch ausgerichteten und flexiblen Verfahrensgestaltung unter Einbindung der Jugendgerichtshilfe und einem eigenen Sanktionsinstrumentarium. Statt Geld- und Freiheitsstrafe kennt das JGG unter anderem folgende Instrumente:

Erstens Erziehungsmaßregeln – das sind unter anderem erzieherisch ausgerichtete Weisungen, die die Lebensgestaltung beeinflussen sollen, etwa Arbeitsweisungen, soziale Trainingskurse, Betreuungsweisungen und Maßnahmen zum Täter-Opfer-

Ausgleich. Zweitens Zuchtmittel – das sind Auflagen, die das Unrecht der Tat verdeutlichen und ahnden sollen, etwa gemeinnützige Arbeitsstunden, Schadenswiedergutmachung, aber auch Jugendarrest bis zu vier Wochen. Drittens gibt es die Jugendstrafe zwischen sechs Monaten und fünf Jahren, in schweren Fällen sogar bis zu zehn Jahren, bei Heranwachsenden auch bis zu fünfzehn Jahren.

Praktisch ist es überaus relevant, dass etwa 75 Prozent aller Sanktionierungen Jugendlicher und Heranwachsender in Verfahrenseinstellungen mit oder ohne Auflagen und Weisungen münden (sogenannte *Diversion*), und dass formelle Sanktionen, also Verurteilungen, die Ausnahme sind. Nur selten kommen auch Maßregeln wie etwa die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus in Betracht. Zu beachten ist außerdem die enge Verzahnung mit dem Kinder- und Jugendhilferecht nach Sozialgesetzbuch VIII, das neben Erziehungsunterstützung auch eine Unterbringung in einer Einrichtung für betreutes Wohnen umfassen kann.

Das Jugendstrafrecht ist flexibel und kann individuellen Entwicklungsprozessen von Jugendlichen und Heranwachsenden Rechnung tragen. Es zielt deshalb nicht auf Schuldausgleich und Bestrafung, sondern auf Erziehung. Dies ist notwendiger Bestandteil des Sozialisationsprozesses junger Menschen hinsichtlich der Verdeutlichung von Normen und des Erkennens von Sozialisationsdefiziten, die strafrechtliches Verhalten bedingen.⁰⁹ Der Zusammenhang mit dem Gesamtgeschehen der Sozialisation ist ein wichtiger Faktor im jugendstrafrechtlichen Kontrollsystem.

Wie eingangs erwähnt, wird meist nach den sehr seltenen, aber schweren Gewaltdelikten, vor allem Tötungsdelikten durch 12- oder 13-Jährige, die Strafmündigkeitsgrenze von 14 Jahren immer wieder infrage gestellt und eine Herabsenkung des Strafmündigkeitsalters gefordert.¹⁰ Dies geschieht in aller Regel vorschnell in Reaktion auf entsprechend fordernde Medienberichterstattung über extreme Einzelfälle. Auf der anderen Seite des Altersspektrums stößt die Einbeziehung Volljähriger in das JGG vielfach auf Unverständnis, weshalb gefordert wird, auf die Anwendung des Jugendstrafrechts auf über 18-jährige Heranwachsende zu verzichten. Beide – immer wiederkehrende –

Forderungen erfolgen oft in Unkenntnis der rechtlichen Möglichkeiten des Sanktionsinstrumentariums des JGG und unter falschen Vorstellungen eines Jugendstrafrechts als vergeltendem Strafrecht, was mit dessen Zielsetzung unvereinbar ist.

Jedoch ist die im Jugendstrafrecht gesetzte Altersgrenze mit der Vollendung des 14. Lebensjahres wie auch die flexible Einbeziehung der Heranwachsenden in das JGG auch aus neurobiologischer und entwicklungspsychologischer Sicht gerechtfertigt: Stark vereinfacht lassen sich bei der Entwicklung des menschlichen Gehirns drei große Phasen mit fließenden Übergängen unterscheiden, wonach die physikalische Gehirnreife etwa im Pubertätsalter von 12 bis 13 Jahren erreicht wird. Die zweite Phase der Ausbildung der intellektuellen Reife, unter der grundlegende „operational-logische Denkprozesse“ verstanden werden, dauert bis ungefähr zum Alter von 18 Jahren. Die dritte Phase der Entwicklung der weiteren kognitiven Prozesse mit der Fähigkeit zur vorausschauenden Planung und Verhaltenskontrolle sowie parallel zur Interpretation und Steuerung von Emotionen zieht sich bis in das 25. Lebensjahr.¹¹ Diese Befunde zeigen einerseits eine enorme Plastizität der Gehirnentwicklung über die Lebenszeit, aber auch die für das Jugendstrafrecht so wichtige Dauer von Entwicklungsprozessen, die für Reife und strafrechtliche Verantwortlichkeit vor allem durch Emotions- und Verhaltenskontrolle relevant sind. Individuell können die Entwicklungsprozesse abweichend verlaufen und insbesondere durch negative soziale Einflüsse und andere Risikofaktoren gestört werden.

Aus entwicklungspsychologischer Sicht ist weiter zu betonen, dass Kinder zwar häufig schon deutlich vor der Vollendung des 14. Lebensjahres um strafrechtliche Verbote wissen. Das Problem liegt aber in der Reifeentwicklung, die über eine biologische und kognitive Reife hinaus weitere Prozesse umfasst. Die Fähigkeit von Kindern und Jugendlichen, ihr Handeln am vorhandenen Wissen auszurichten, ist nicht so leicht zu erwerben und kann durch individuelle und persönlichkeitsbezogene Risikofaktoren ebenso wie durch situative Einflussfaktoren und psychische Ausnahme-situationen stark beeinträchtigt werden. Bis zum

⁰⁹ Vgl. im Einzelnen Bernd-Dieter Meier/Britta Bannenberg/Katrin Höffler, *Jugendstrafrecht*, München 2025⁵, Paragraf 1.

¹⁰ Vgl. etwa Elisa Hoven/Thomas Weigend, *Strafsachen. Ist unser Recht wirklich gerecht?*, Köln 2023, S. 101 ff.

¹¹ Vgl. Frieder Dünkel/Bernd Geng, *Neuere Erkenntnisse der Neurowissenschaften zur Gehirnentwicklung („brain maturation“) und Implikationen für ein Jungtäterstrafrecht*, in: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 5–6/2014, S. 387–397.

Erwerb einer umfassend verstandenen Persönlichkeitsreife gehen also viele Jahre sozialen Lernens, die von der individuellen Lebenssituation geprägt sind. Von daher ist das Festhalten an der Strafmündigkeitsgrenze mit 14 Jahren und auch die Flexibilität bei der strafrechtlichen Verantwortlichkeit der 18- bis 20-Jährigen gerechtfertigt.¹²

ÄUßERE UND INNERE KONTROLLE

Die (jugendstrafrechtliche) Reaktion ist nicht nur für die Rahmenbedingungen der normativen Struktur einer Gesellschaft bedeutsam, sondern auch für den individuellen Prozess des Normen- und Verantwortungslernens. Die Entwicklung der normativen Verantwortlichkeit und der sozialen Handlungsfähigkeit erfolgt in komplizierten Wechselwirkungen zwischen Fremd- und Selbstkontrolle.¹³ Die Auseinandersetzung mit dem Fehlverhalten und einer möglichst integrierenden Sanktion spielt dabei von elterlichen Erziehungsmaßnahmen bis zum Jugendstrafrecht eine maßgebliche Rolle. Entscheidend für die Verhinderung von Kriminalität ist also nicht nur externe Kontrolle – weil es gesellschaftlich schwer erträglich wäre, wenn nur äußere Kontrollstrukturen Straftaten verhindern könnten. Auch die Ausbildung innerer Selbstkontrolle ist ein notwendiges und sozial erwünschtes Erziehungsziel, um Straftaten zu verhindern. Wer von der Richtigkeit der Norm überzeugt ist, wird sie in der Regel einhalten.

Innere Selbstkontrolle entsteht durch drei Rahmenbedingungen: Erstens muss das Verhalten kontrolliert werden; zweitens muss das Fehlverhalten erkannt und thematisiert werden; und drittens muss es sanktioniert werden. Zuerst muss bei der moralischen Entwicklung also Verhalten beaufsichtigt werden. Die Verbindung zwischen äußerer und innerer Kontrolle ist dabei nirgends so unmittelbar und intensiv wie im Fall elterlicher Beaufsichtigung des Kindes. Dazu gehört eine grundsätzlich akzeptierende, wohlwollende Haltung gegenüber dem Kind, in die die Sanktion eingebettet ist.

Die Bedeutung dieser Konstante zeigt sich in empirischen kriminologischen Studien: Bei einer

Vergleichsuntersuchung stellte sich etwa heraus, dass die Art der Beaufsichtigung der Kinder durch die Eltern, ein konsequenter und konstanter Erziehungsstil sowie die emotionale Bindung an die Familien die mit Abstand stärksten Faktoren waren, um die Unterschiede zwischen der kriminell gewordenen Untersuchungsgruppe und der unauffälligen Vergleichsgruppe zu erklären.¹⁴ Moralische Entwicklung und das Lernen von Verantwortung sind also in das gesamte Sozialisationsgeschehen eingebettet und unterliegen vielfältigen störenden Einflüssen, die sich im Ausmaß jugendlicher Straftaten niederschlagen. Dabei hat sich auch herausgestellt, dass scharfe äußere Kontrolle mit feindlichen Tendenzen gegenüber dem Kind oder Jugendlichen keine Verinnerlichung von Normen bewirkt, sondern das Gegenteil.¹⁵ Ebenso sollte man nicht annehmen, dass das Jugendstrafrecht langjährige Fehlentwicklungen in der Persönlichkeit oder Sozialisation auffangen kann.

Die aktuellen Herausforderungen einer sich verändernden Gesellschaft, in der internationale Krisen, ökonomische Sorgen und Zukunftsängste ein friedliches Zusammenleben bedrohen, verstören bereits viele Erwachsene und verleiten nicht wenige zu radikalen und irrationalen Einstellungen und Denkmustern. Der wachsende Einfluss von Social-Media-Plattformen, die bewusst destruktiv eingesetzt werden, trägt zur Ausbildung von Aggressionen und Gewaltbereitschaft bei. Die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen muss durch konstruktives und verantwortliches Verhalten von Erwachsenen sowie durch pädagogische Bemühungen gestärkt werden. Damit sollten Überlegungen zu mehr und besserer Prävention genauso verbunden sein wie die notwendige Unterstützung der Schulen durch mehr Lehr- und Fachkräfte. Die Annahme, dass das Jugendstrafrecht hier grundlegende Defizite auffangen kann, geht fehl. Das Jugendstrafrecht leistet durch eine Vielzahl von erzieherischen und normverdeutlichenden Maßnahmen einen durchaus erfolgreichen Beitrag. Besonders bewährt hat sich dabei die Flexibilität zwischen hoher Toleranz – also Verfahrenseinstellungen mit ambulanten Maßnahmen – und der im eher seltenen Fall verhängten Jugendstrafe.

BRITTA BANNENBERG

ist Rechtswissenschaftlerin und Inhaberin des Lehrstuhls für Kriminologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

¹² Vgl. Bernd-Dieter Meier et al. (Hrsg.), *Jugendgerichtsgesetz*, Baden-Baden 2024³, vor Paragrafen 1 ff.

¹³ Vgl. Meier/Bannenberg/Höffler (Anm. 9).

¹⁴ Vgl. Hans-Jürgen Kerner, *Soziale Bindungen und Soziale Abweichung*, in: Gunther Klosinski (Hrsg.), *Empathie und Beziehung*, Tübingen 2004, S. 41–64.

¹⁵ Vgl. Meier/Bannenberg/Höffler (Anm. 9), Paragraf 1 Rn. 9ff.

KINDER- UND JUGENDARMUT

Ein Fakten- und Lebenslagencheck

Irina Volf

Stellen Sie sich folgende Situation vor: Eine junge Frau sagt die Einladung zur Geburtstagsparty ihrer Freundin ab – nicht, weil sie keine Lust hat, sondern weil ihr das Geld für Geschenk und Fahrkarte fehlt. Sie denkt sich eine Ausrede aus, um nicht darüber sprechen zu müssen. Oder diese: Ein kleiner Junge schaut seine Erzieherin still an, als sie fragt, wo er in den Ferien gewesen sei. Er sagt nichts. Aber es wird nicht lange dauern, bis auch er gelernt hat, eine Ausrede dafür zu finden, warum er aus Geldmangel nirgendwohin gefahren ist. In einem der reichsten Länder der Welt gehören solche Geschichten zum Alltag von rund drei Millionen Kindern und Jugendlichen. Ihnen bleiben viele Chancen vorenthalten, weil sie in von relativer Armut betroffenen Familien aufwachsen. Ihre Lebensverläufe unterscheiden sich oft drastisch von denen junger Menschen aus finanziell stabilen Familien – mit Folgen, die weit über persönliche Schicksale hinausreichen: Ihr ungenutztes Potenzial ist nicht nur für die Betroffenen schmerzhaft, es ist ein Verlust für uns alle.

Ich bin als Armutsforscherin auf Kinder- und Jugendarmut spezialisiert. Durch Forschung, Evaluation von Modellprojekten, politische Stellungnahmen, Vorträge und Qualifizierung von Fachkräften setze ich mich dafür ein, irreführende Stereotype zum Thema Armut aufzubrechen, die gesellschaftlichen Folgen sichtbar zu machen und Wege für ein armutssensibles Handeln sowohl für Entscheidungsträger*innen als auch für Praktiker*innen aufzuzeigen. Um die Erkenntnisse aus der Armutsforschung greifbarer zu machen, lade ich Sie im Folgenden zu einem Fakten- und Lebenslagencheck ein: Sie können dadurch Ihr Wissen über Armut überprüfen, es strukturieren und gegebenenfalls aktualisieren.

FAKTENCHECK: WOVON SPRECHEN WIR?

Nehmen Sie sich einen Moment Zeit und beantworten anschließend für sich die folgenden Fragen:

- Wie würden Sie Armut definieren? Woran denken Sie zuerst, wenn Sie an Armut denken?
- Schätzen Sie: Wie viele Menschen in Deutschland sind von Armut betroffen? Und in welchem Alter sind Menschen am häufigsten von Armut bedroht?
- Welche Faktoren begünstigen Armut? Schreiben Sie jeweils drei Ursachen und Folgen von (Kinder-)Armut auf.

Ihre Annahmen können Sie nun mit einigen Erkenntnissen aus der Armutsforschung abgleichen, die ich in acht Punkten darlege. Direkt darauf folgt nach einem ähnlichen Muster ein Lebenslagencheck.

Erstens: Für Betroffene ist Armut ein prägender Lebensumstand; für die Gesellschaft ist sie ein ungelöstes strukturelles Problem. Die Teilnehmenden meiner Veranstaltungen zum Thema „Armuts-sensibles Handeln“ verbinden Armut häufig mit Aspekten wie Ausgrenzung, geringem Einkommen, Scham, psychischer Belastung, Krankheit, Arbeitslosigkeit, schlechteren Bildungschancen, Einsamkeit, Wohnungslosigkeit, Diskriminierung und anderem mehr. Dabei werden sowohl Ursachen als auch Folgen der Armut häufig der einzelnen Person zugeschrieben, statt sie als ein politisches Problem zu beschreiben. Tatsächlich kann Armut aus Sicht der Betroffenen als eine kontinuierliche finanzielle Unterversorgung verstanden werden, die mit zahlreichen Benachteiligungen und Einschränkungen einhergeht. Dennoch ist Armut auf der gesellschaftlichen Ebene ein strukturelles Problem, das sich auf unterschiedliche Bereiche negativ auswirken kann.

Zweitens: Wie Armut definiert und gemessen wird, ist eine politische Entscheidung. Auch wenn Sie sich mit dem Thema Armut nicht beruflich beschäftigen, sind Ihnen vermutlich zwei Armutsbegrif-

fe bekannt, und zwar absolute und relative Armut. Als Grenze der absoluten oder extremen Armut hat die Weltbank 2,15 US-Dollar pro Tag bestimmt – es handelt sich dabei um ein kaufkraftbereinigtes finanzielles Minimum, um für eine Person lebensnotwendige Grundbedürfnisse zu decken. Das Konzept der relativen Armut hingegen verdeutlicht, dass Armut in wohlhabenden Gesellschaften nicht erst bei existenzieller Not beginnt, sondern auch Ausschluss oder mangelnde Teilhabe bedeuten kann. Als armutsgefährdet gelten in der EU „Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum hinnehmbar ist“.⁰¹ Von relativer Einkommensarmut sind Menschen betroffen, wenn ihrem Haushalt weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens zur Verfügung stehen.

Es gibt weitere Definitionen: Unter die sogenannte sozialstaatliche Armutsdefinition fallen Personen, die Leistungen zur Grundsicherung wie Bürgergeld, Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen. Diese Personen werden vor allem von Wissenschaftler*innen und Fachkräften als arm bezeichnet, um auf die Lebenslagen jener Menschen aufmerksam zu machen, deren Existenzminimum zwar durch staatliche Leistungen gesichert ist, die jedoch über nur sehr eingeschränkte finanzielle Mittel für gesunde Ernährung oder soziale und kulturelle Teilhabe verfügen. Zusätzlich gibt es alternative Definitionen, die nicht an bestimmte Einkommensgrenzen gebunden sind. Hier sind etwa der Ressourcenansatz, der Deprivationsansatz, der Capability Approach oder der Lebenslagenansatz zu nennen, die Armut primär als eine Form der Unterversorgung verstehen – sei es mit Blick auf materielle Güter oder Teilhabemöglichkeiten. Dazu unten mehr.

Schon diese wenigen Ausführungen zeigen: „Die Festlegung von Armuts- oder Armutsrisikogrenzen beruht immer auf Werturteilen“ – und zwar unabhängig davon, ob einer Definition eine konkrete Einkommensgrenze zugrunde liegt oder nicht.⁰² Letztendlich handelt es sich bei Armutsdefinitionen also immer um das Ergebnis

eines Aushandlungsprozesses – letztendlich also um eine politische Entscheidung.

Drittens: Kinder- und Jugendarmut ist vor allem familiäre Einkommensarmut. Da junge Menschen in Deutschland mehrheitlich in familiärem Kontext aufwachsen, kann ihre Situation nicht von der Situation ihrer Familien entkoppelt betrachtet werden. Daher ist es präziser, nicht allein von „armen Kindern“ zu schreiben, sondern von Kindern und Jugendlichen, die in armen Familien aufwachsen. Kinderarmut ist mehr als ein Mangel an Geld: Sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Ungleichheit, verbunden mit eingeschränkten Bildungs- und Teilhabechancen, schlechterer gesundheitlicher Versorgung und häufig auch mit Stigmatisierung. (Kinder-)Armut ist also nicht nur eine statistische Frage – es geht um reale Leben, um Zukunftsaussichten beziehungsweise den Mangel daran.

Viertens: Je nach Definition und Datengrundlage variiert die Zahl der von relativer Armut bedrohten Menschen. Die amtliche Hauptdatenquelle für die Messung von Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in Deutschland und der EU ist die Europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). In Deutschland ist die Erhebung seit 2020 als Unterstichprobe in den Mikrozensus integriert; demnach waren 2023 etwa 14,3 Prozent der Bevölkerung in Deutschland armutsgefährdet.⁰³ Eine weitere Quelle ist das sogenannte Mikrozensus-Kernprogramm (MZ-Kern), das eine tiefere regionalisierte Analyse zulässt; nach diesem lag die Armutsgefährdungsquote 2023 mit 16,6 Prozent über zwei Prozentpunkte höher.⁰⁴ Sofern nicht anders angegeben, stütze ich mich auf die MZ-Kern-Daten.

Fünftens: Junge Erwachsene sind besonders armutsgefährdet. In meinen Veranstaltungen gehen die meisten Teilnehmenden davon aus, dass in Deutschland vor allem ältere Menschen von Armut betroffen sind. Diese Einschätzung ist nachvollziehbar: In absoluten Zahlen sind mehr

01 Europäische Gemeinschaften, Beschluss des Rates vom 19. Dezember 1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene, Art. 1 (2).

02 Karl Brenke, Armut: vom Elend eines Begriffs, in: Wirtschaftsdienst 4/2018, S. 260–266, hier S. 266.

03 Vgl. Statistisches Bundesamt, Weiterhin gut ein Fünftel der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, Pressemitteilung, 10.4.2024, www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/04/PD24_147_63.html.

04 Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Armutsgefährdung und Einkommensverteilung (MZ-Kern), insb. Tabellen A.2 und A.8, 2024, www.statistikportal.de/de/sbe/ergebnisse/einkommen-armutsgefahrdung-und-soziale-lebensbedingungen/armutsgefahrdung-und-

alte als junge Menschen von Armut bedroht; allerdings liegt das allein daran, dass die Gruppe der über 65-Jährigen mit rund 19 Millionen deutlich größer ist als die Gruppen der 18- bis 25-Jährigen (etwa 6 Millionen) oder der unter 18-Jährigen (unter 14 Millionen). Blickt man aber auf den Anteil der Armutsgefährdeten innerhalb dieser Gruppen, ergibt sich ein anderes Bild, wonach das Risiko bei jungen Erwachsenen am höchsten ist: Jede vierte Person zwischen 18 und 25 Jahren ist von Armut gefährdet; bei den über 65-Jährigen ist es „nur“ knapp jede sechste. Während Altersarmut häufiger sichtbar und als dauerhaft wahrgenommen wird, bleibt Armut im jungen Erwachsenenalter oft unbemerkt und wird in der Öffentlichkeit unterschätzt.

Sechstens: Wer in einem Ein-Eltern-Haushalt lebt, einen Migrationshintergrund oder ein niedriges Qualifikationsniveau hat, ist einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt als andere. 41 Prozent der Ein-Eltern-Familien in Deutschland sind armutsgefährdet – das ist fünfmal so häufig wie bei Paarfamilien mit einem Kind. Das Armutsrisiko steigt allerdings auch bei kinderreichen Paaren: Von Familien mit drei oder mehr Kindern ist fast jede dritte armutsgefährdet. Menschen mit Migrationshintergrund sind zu 28 Prozent von Armut bedroht, während es bei Menschen ohne Migrationshintergrund nur 12 Prozent sind. Das höhere Armutsrisiko lässt sich jedoch weniger auf den Migrationshintergrund selbst zurückführen als vielmehr auf strukturelle Nachteile wie geringere Bildungsabschlüsse und schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Ein weiteres zentrales Armutsrisiko ist ein niedriges Qualifikationsniveau: 32 Prozent der Personen mit geringer formaler Bildung sind armutsgefährdet; dies ist erheblich häufiger als bei Menschen mit mittlerer Qualifikation (13 Prozent) oder Menschen mit hoher Qualifikation (8 Prozent).

Die Analyse von Risikofaktoren für Armut ist wichtig, um strukturelle Armutsursachen besser zu verstehen. Ergänzend dazu bietet der Blick auf die soziodemografische Zusammensetzung der von Armut betroffenen Menschen eine weitere wichtige Perspektive. Im Ergebnis wird deutlich, dass Armut ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ist und kein Randproblem einzelner Gruppen.

Siebtens: „Die Armen“ gibt es nicht; es handelt sich um eine große heterogene Gruppe. Betrachtet man die über 14 Millionen Menschen, die in Deutschland von Armut bedroht sind, nach ausge-

wählten soziodemografischen Faktoren, so ergibt sich eine nach Alter, Geschlecht, Familienformen, Qualifikationsniveaus, Erwerbsstatus und Migrationshintergrund äußerst heterogene Gruppe. Insgesamt gehören knapp 60 Prozent der Betroffenen zur Altersgruppe unter 50 Jahren. Auffällig bei den armutsgefährdeten Haushaltstypen ist der hohe Anteil von Einpersonenhaushalten (34 Prozent). Mit 50,3 Prozent ist die Gruppe von Menschen ohne Migrationshintergrund geringfügig größer als die mit Migrationshintergrund. Knapp über ein Viertel ist trotz Erwerbstätigkeit armutsgefährdet (sogenannte *working poor*); den größten Anteil bilden jedoch Nichterwerbspersonen mit rund 70 Prozent, darunter Rentner*innen sowie Kinder und Jugendliche. Der Anteil der Erwerbslosen liegt bei 5 Prozent. Wenn Sie also hören, man solle Menschen auf den Arbeitsmarkt bringen, um Armut zu bekämpfen, sollten Sie skeptisch werden: Denn mit der Arbeitsmarktintegration allein lässt sich das Problem der Armut nicht lösen.

Auch nach Qualifikationsniveau ergibt sich ein differenziertes Bild: Auch wenn rund 40 Prozent der von Armut bedrohten Menschen über ein niedriges Qualifikationsniveau verfügen, liegt mehrheitlich ein mittleres (45 Prozent) oder hohes (16 Prozent) Qualifikationsniveau vor. Dies zeigt, wie problematisch politische Rhetorik und Stereotype sind, die Armut pauschal mit schlechten kognitiven Leistungen in Verbindung bringen („Arme Menschen treffen schlechte Entscheidungen“, „Arme Leute sind bildungsfern“). Sie basieren auf vereinfachenden und oft diskriminierenden Annahmen, die weder den komplexen Ursachen von Armut noch den vielfältigen Fähigkeiten armutsbedrohter Menschen gerecht werden.

Achtens: Armutsursachen sind vielfältig. Um Armut als gesamtgesellschaftliches Phänomen zu verstehen, ist eine Unterscheidung zwischen Auslösern und Ursachen von Armut notwendig. Potenzielle Armutsauslöser sind Lebensereignisse wie der Tod des Partners oder eines Elternteils, Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Trennung, die Menschen von heute auf morgen in finanzielle Not bringen können. Armutsursachen hingegen sind strukturell bedingt.

Die aktuellen Rahmenbedingungen – insbesondere in der Arbeitsmarkt-, Steuer- und Familienpolitik – wirken sich häufig nachteilig auf Familien mit Kindern aus. So berücksichtigt das System des Familienlastenausgleichs nicht ausrei-

chend die Kinderzahl bei der Erhebung von Sozialabgaben. Das führt dazu, dass selbst Familien mit Durchschnittseinkommen nach Abzügen unter das Existenzminimum fallen und auf staatliche Leistungen wie den Kinderzuschlag angewiesen sind. Trotz wachsender Inanspruchnahme wird diese staatliche Mindestsicherungsleistung nach Einschätzungen von Forscher*innen von einem überwiegenden Anteil der berechtigten Kinder nicht genutzt – unter anderem aufgrund mangelnder Information, bürokratischer Hürden, komplizierter Anträge und enger Einkommensgrenzen.⁰⁵

Kinder- und Jugendarmut ist kein individuelles Versagen. Prekäre Beschäftigung, Niedriglöhne und fehlende Aufstiegsperspektiven betreffen viele Familien, besonders Ein-Eltern-Haushalte. Transferleistungen wie das Bürgergeld reichen oft nicht aus, um Kinderarmut zu verhindern. Leistungen für Bildung und Teilhabe erreichen viele Familien nicht, und hohe Mieten verschlingen bei vielen einen Großteil des Einkommens. In vielen Städten leben armutsbetroffene Familien in beengten, teils gesundheitsgefährdenden Wohnverhältnissen. Alle diese Faktoren tragen dazu bei, dass die Armutsgefährdungsquote in Deutschland bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren nach MZ-Kern bei rund 21 Prozent verharret.

LEBENSLAGENCHECK: WIE BIN ICH AUFGEWACHSEN?

Kommen wir zu den Folgen von Armut, die bei den Betroffenen in der Regel in alle Lebensbereiche hineinreichen. Um dies für Kinder und Jugendliche systematisch zu erfassen, hat das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik zwischen 1997 und 2021 eine Langzeitstudie zur Lebenssituation und Lebenslage von (armen) Kindern erstellt (AWO-ISS Langzeitstudie). Dabei wurde in Anlehnung an den Lebenslagenansatz erstmals ein kindbezogenes Armutskonzept erprobt und laufend fortentwickelt.⁰⁶

05 Vgl. Deborah Jackwerth-Rice, Institutionelle Hürden bei der Inanspruchnahme des Kinderzuschlags, Fachgruppe Soziologie und Arbeitsmarktpolitik der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, Working Paper 3/2023, S. 3; Benjamin Baisch et al., Barrieren der Inanspruchnahme monetärer Leistungen für Familien, Deutsches Jugendinstitut, München-Halle/S. 2023, S. 38.

06 Siehe www.iss-ffm.de/themen/alter/projekte-1/langzeitstudie-zur-lebenssituation-und-lebenslage-armen-kinder.

Bevor die Erkenntnisse daraus vertieft thematisiert werden, haben Sie nun zunächst die Gelegenheit, einen Lebenslagencheck zu machen: Mit den folgenden Aussagen lade ich Sie ein, sich mit den verschiedenen Formen von Armut im Sinne des Lebenslagenansatzes auseinanderzusetzen und sich der eigenen positiven und negativen Lebenserfahrungen bewusst zu werden.

Der Lebenslagenansatz berücksichtigt vier Dimensionen: die materielle, soziale, kulturelle und gesundheitliche Lage. Es ist gut möglich, dass Sie als junger Mensch in einigen Bereichen gut abgesichert waren, während Sie in anderen Nachteilen ausgesetzt waren. Dies ist keineswegs widersprüchlich. Das mehrdimensionale Modell erfasst Armutsfolgen differenziert und fasst sie in drei Lebenslagentypen zusammen: Wohlergehen, Benachteiligung und multiple Deprivation. Wohlergehen liegt vor, wenn in allen vier Dimensionen keine Einschränkungen vorliegen. Benachteiligung wird festgestellt, wenn es in ein oder zwei Dimensionen gravierende Einschränkungen gibt. Ist das in drei oder allen vier Dimensionen der Fall, spricht man von multipler Deprivation.

- Aussagen zur *materiellen Lage*: a) Als junger Mensch wohnte ich in einer ausreichend großen Wohnung und hatte mein eigenes Zimmer. b) Wir konnten uns in der Familie immer die Lebensmittel kaufen, die wir mochten. c) Meine Familie hatte immer finanzielle Rücklagen, um kaputte oder abgenutzte Möbel oder Haushaltsgeräte zu ersetzen. d) Als junger Mensch konnte ich jedes Jahr mindestens eine einwöchige Urlaubsreise machen.
- Aussagen zur *sozialen Lage*: a) Ich konnte immer Freund*innen nach Hause einladen oder bei ihnen übernachten. b) Als junger Mensch hatte ich einen festen Freundeskreis, mit dem ich zufrieden war. c) Ich hatte immer mindestens eine erwachsene Person, mit der ich über persönliche Probleme und Sorgen sprechen konnte. d) In meiner Jugendzeit kamen ich und meine Eltern/Familie gut miteinander klar.
- Aussagen zur *kulturellen Lage*: a) Ich habe mal an einem Schüler*innenaustausch oder einer Sprachreise teilgenommen. b) Ich war mit meiner Familie ab und an im Konzert, Theater oder Museum. c) Wenn ich Hilfe brauchte, konnten mir meine Eltern regelmäßig bei den Hausauf-

gaben helfen oder Nachhilfe für mich organisieren. d) Nach dem Schulabschluss konnte ich mich frei für eine Ausbildung oder ein Studium meiner Wahl entscheiden.

- Aussagen zur *gesundheitlichen Lage*: a) Als junger Mensch hatte ich keine chronischen Erkrankungen oder körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen. b) Auch in schwierigen Lebenssituationen wusste ich, dass ich diese gut meistern und die benötigte Unterstützung erhalten würde. c) Als junger Mensch brauchte ich keine professionelle Unterstützung aufgrund Alkohol- oder Drogenkonsums. d) Als junger Mensch habe ich mindestens einmal am Tag warmes Essen und frisches Obst oder Gemüse gegessen.

Falls Sie die meisten Aussagen für sich bestätigen können, sind Sie mit hoher Wahrscheinlichkeit im Lebenslagentyp Wohlergehen aufgewachsen. Jugendliche aus nicht armen Familien wachsen deutlich häufiger unter diesen günstigen Bedingungen auf als jene aus armutsbetroffenen Haushalten (39 vs. 19 Prozent, Stand 2009/10). Umgekehrt ist das Risiko, in multipler Deprivation aufzuwachsen, bei Jugendlichen aus armen Familien deutlich erhöht (37 vs. 11 Prozent). Am häufigsten jedoch wachsen Kinder im Lebenslagentyp Benachteiligung auf – unabhängig vom Einkommen der Eltern (arm: 44 Prozent, nicht arm: 51 Prozent).⁰⁷ Dies deutet darauf hin, dass Belastungen in einzelnen Lebensbereichen viele junge Menschen betreffen – auch jenseits ökonomischer Armut.

In der frühen Kindheit gelingt es vielen Familien noch, (mögliche) Einschränkungen im Leben ihrer Kinder teilweise aufzufangen, etwa durch Verzicht bei eigenen Bedürfnissen. Spätestens mit dem Übergang in die weiterführende Schule wird Armut für die betroffenen Jugendlichen jedoch zunehmend sichtbar und spürbar – durch Erfahrungen von Ausgrenzung, Stigmatisierung, Scham und Mobbing. Das Bedürfnis, mithalten zu können, bleibt dabei häufig unerfüllt und schlägt nicht selten in ein Gefühl um, nicht Teil der Gesellschaft zu sein oder sein zu wollen.

⁰⁷ Vgl. Claudia Laubstein et al., Von alleine wächst sich nichts aus ... Lebenslagen von (armen) Kindern und Jugendlichen und gesellschaftliches Handeln bis zum Ende der Sekundarstufe I, Berlin 2012, S. 43.

WAS MACHT ARMUT MIT JUNGEN MENSCHEN?

Bei der Analyse von Armutsfolgen ist zu beachten, dass empirische Studien in der Regel mit Durchschnittswerten arbeiten, durch die Unterschiede zwischen Gruppen – etwa armen und nicht armen Menschen – abgebildet werden. Wird dieser Kontext nicht berücksichtigt, besteht die Gefahr, die Befunde zu übergeneralisierten Aussagen zu verdichten, was stereotype Vorstellungen über Armut verfestigen kann. Tatsächlich variieren die Erfahrungen armutsbetroffener Menschen deutlich: Einschränkungen betreffen unterschiedliche Lebensbereiche in unterschiedlichem Ausmaß. Problematisch wird es dort, wo sich Benachteiligungen häufen und gegenseitig verstärken. Genau hier liegt eine Stärke der AWO-ISS-Langzeitstudie: Durch das Paneldesign, bei dem dieselben Kinder vom 6. bis zum 25. Lebensjahr wiederholt befragt wurden, lassen sich Entwicklungsverläufe und wechselseitige Zusammenhänge über längere Zeiträume hinweg differenziert analysieren. Nachfolgend einige Erkenntnisse darüber, wie es sich auf das Leben von 25-Jährigen auswirkt, ob sie im Laufe ihrer Kindheit und Jugend Armut erfahren haben oder nicht.⁰⁸

Hinsichtlich der *materiellen Lage* lässt sich feststellen, dass das Leben junger Menschen mit Armutserfahrungen auch im jungen Erwachsenenalter noch von zahlreichen Entbehrungen und Einschränkungen geprägt ist. Ihre Situation ist vielfach mit einer mangelhaften Grundversorgung an Ernährung und Kleidung verbunden. Sie leben häufiger in beengten Wohnverhältnissen als finanziell bessergestellte Gleichaltrige. Finanzielle Rücklagen sind selten vorhanden. Möglichkeiten bei der Freizeitgestaltung und Erholung sind eingeschränkt, weil das nötige Geld fehlt – Gleiches gilt für Urlaube und Ausflüge. Gravierende Einschränkungen aufgrund von knappen finanziellen Ressourcen prägen den Alltag von rund einem Drittel der von Armut betroffenen jungen Menschen.

Auch im *sozialen Bereich* zeigen sich bei jungen Menschen mit Armutserfahrungen auffällige Belastungen. Viele sind mit mehrfachen familiären Problemen aufgewachsen – etwa Sucht oder psychischen Erkrankungen der Eltern. Entsprechend

⁰⁸ Vgl. für das gesamte Kapitel Irina Volf et al., Wenn Kinderarmut erwachsen wird ... AWO-ISS-Langzeitstudie zu (Langzeit-)Folgen von Armut im Lebensverlauf, Frankfurt/M. 2019.

sind sie im jungen Erwachsenenalter im Durchschnitt häufiger unzufrieden mit ihren familiären Beziehungen. Auch wenn die meisten mindestens eine enge Freundschaft pflegen, bewerten sie ihr soziales Netz insgesamt als weniger unterstützend und verfügen seltener über funktionale Ressourcen in Krisensituationen. Bei knapp einem Viertel häufen sich die sozialen Benachteiligungen bis zum 25. Lebensjahr so stark, dass von sozialer Ausgrenzung gesprochen werden kann.

Im *kulturellen Bereich* zeigt sich vor allem die Bildungsbenachteiligung junger Menschen mit Armutserfahrungen. Bis zum 25. Lebensjahr erreichen sie im Durchschnitt deutlich schlechtere Schulabschlüsse, verfügen häufiger über keine berufliche Ausbildung oder einen Studienabschluss und nehmen Angebote nonformaler und informeller Bildung – wie Auslandsaufenthalte oder Studienreisen – kaum wahr. Theater- oder Museumsbesuche bleiben ihnen nicht nur aus finanziellen Gründen verwehrt, sondern oft auch mangels Interesse, da entsprechende Erfahrungen in der Kindheit selten oder nie gemacht wurden. Bei fast der Hälfte der Betroffenen sind die Einschränkungen im kulturellen Bereich so stark, dass auch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt gering sind.

Im *gesundheitlichen Bereich* berichten junge Menschen mit Armutserfahrungen häufiger von einem schlechteren Allgemeinzustand und geringerer Leistungsfähigkeit. Sie leiden mehrheitlich unter chronischen Krankheiten und klagen häufiger über psychosomatische Symptome wie Kopf- und Bauchschmerzen, Schlafstörungen, Unkonzentriertheit oder Nervosität. Viele geben an, in ihrer Kindheit oder Jugend prägende belastende Ereignisse erlebt zu haben, die bis ins junge Erwachsenenalter nachwirken. Auffällig ist zudem, dass jede zehnte Person mit Armutserfahrungen gesundheitsbedingte Einschränkungen in Ausbildung, Studium oder Beruf erlebt. Bei fast einem Drittel häufen sich die gesundheitlichen Belastungen im Laufe ihres Lebens, was vielfach mit riskanten Verhaltensweisen wie unausgewogener Ernährung, Tabakkonsum oder geringer körperlicher Aktivität im jungen Erwachsenenalter einhergeht.

Alles in allem verfügen junge Erwachsene mit Armutserfahrungen in ihrer Jugend im Durch-

schnitt über deutlich geringere Resilienzkompetenzen als Gleichaltrige, die während ihres gesamten Lebens nicht von Armut betroffen waren. Häufig fehlen zentrale Erfahrungen von Selbstwirksamkeit sowie stabile und verlässliche Bezugspersonen oder Vorbilder – beides ist aber entscheidend für die Entwicklung psychischer Widerstandskraft. Im jungen Erwachsenenalter äußert sich dies nicht nur in einem tieferen Misstrauen gegenüber Institutionen und Behörden, sondern auch in einem ausgeprägten Gefühl politischer Bedeutungslosigkeit: 43 Prozent der jungen Menschen mit Armutserfahrungen stimmen der Aussage zu, „Die Politiker*innen kümmern sich nicht darum, was Leute wie ich denken“ – gegenüber 29 Prozent derjenigen ohne Armutserfahrungen. Dieses Ohnmachtsempfinden wirkt sich unmittelbar auf das politische Verhalten aus: Es fördert Wahlenthaltung und begünstigt den Rückzug aus demokratischen Beteiligungsprozessen.

JUGENDARMUT GEHT UNS ALLE AN

Der Fakten- und Lebenslagencheck und die daran anschließenden Ausführungen verdeutlichen: Armut ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Im Kindes- und Jugendalter erhöht sie das Risiko für spätere Arbeitslosigkeit, chronische Erkrankungen und psychische Belastungen – mit erheblichen Folgekosten für das Gesundheits- und Sozialsystem. Kinder- und Jugendarmut ist allerdings nicht nur ein soziales, sondern auch ein demokratiepolitisches Problem: Der Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und politischer Entfremdung ist gut erforscht und empirisch belegt.⁰⁹ Die Verfestigung der sozialen Ungleichheit in Deutschland führt dazu, dass sich politische Entfremdung in unteren Einkommensgruppen nicht nur in Misstrauen gegenüber Institutionen ausdrückt, sondern auch in geringerer politischer Teilhabe und einem wachsenden Gefühl der Macht- beziehungsweise Wirkungslosigkeit. Ein Zusammenspiel von wirtschaftlicher Benachteiligung, sozialer Desintegration und politischer Entfremdung verstärkt die Anfälligkeit für radikale Ideologien und begünstigt den Aufstieg populistischer Parteien.

IRINA VOLF

ist promovierte Psychologin und Direktorin des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) in Frankfurt am Main.

09 Vgl. Jan Brülle/Dorothee Spannagel, Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie – WSI-Verteilungsbericht 2023, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung, WSI Report 90/2023.

POLITIK **12. FESTIVAL**
IM FREIEN
THEATER

GRENZEN

16. – 25. 10. 2025
Leipzig

www.politikimfreientheater.de

VERANSTALTET VON:



LOFFT
DAS THEATER



Schauspiel
Leipzig



GEFÖRDERT DURCH:



Stadt Leipzig
Dezernat Kultur



Das 12. Festival Politik im Freien Theater wird gefördert durch die Stadt Leipzig und durch das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus. Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. August 2025

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Julia Heinrich
Sascha Kneip
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)
Leontien Potthoff (Volontärin)
Isabel Röder
Luise Römer
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Geldern

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe
38/2025, 13. September 2025

GRÖNLAND



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz